

# **Vorbericht**

# **Haushalt 2012**



Gemäß § 6 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wird mit dem Vorbericht ein Überblick über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbeziehung der beiden Haushaltsvorjahre gegeben. Die durch den Haushalt gesetzten Rahmenbedingungen werden erläutert. Ferner gibt der Vorbericht einen Ausblick auf wesentliche Veränderungen der Planung.

### **Rückblick auf die Finanzlage des abgelaufenen Haushaltsjahres 2010**

In seiner Sitzung am 15.12.2009 hat der Kreistag die Haushaltssatzung 2010 mit ihren Bestandteilen und Anlagen beschlossen. Am 27.01.2010 wurde die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt. Die Haushaltssatzung wies einen Fehlbetrag in Höhe von 14.584.747 € aus.

In der Haushaltssatzung wurden für das **Haushaltsjahr 2010** folgende Festsetzungen getroffen:

#### **Ergebnishaushalt:**

Gesamtbetrag der Erträge	auf	118.428.667 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	auf	<u>133.013.414 €</u>
<b>der Jahresfehlbetrag</b>	<b>auf</b>	<b>-14.584.747 €</b>

#### **Finanzhaushalt**

die ordentlichen Einzahlungen	auf	111.445.045 €
die ordentlichen Auszahlungen	auf	<u>123.010.082 €</u>
<b>der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>auf</b>	<b>-11.565.037 €</b>

die außerordentlichen Einzahlungen	auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen	auf	<u>150.000 €</u>
<b>der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>auf</b>	<b>-150.000 €</b>

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	2.864.768 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	<u>8.802.050 €</u>
<b>der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>auf</b>	<b>-5.937.282 €</b>

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	20.013.669 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	<u>2.361.350 €</u>
<b>der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf</b>		<b>17.652.319 €</b>

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	auf	134.323.482 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	auf	<u>134.323.482 €</u>
<b>die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr</b>	<b>auf</b>	<b>0 €</b>

Das Defizit des Ergebnishaushaltes erhöht sich damit gegenüber dem Haushaltsplan 2009 um 3.324.724 €.

Das Defizit im Finanzhaushalt erhöht sich um 7.247.150 €



Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, die zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich sind, wurde festgesetzt

zinslose Kredite	auf	671.822 €
verzinsliche Kredite	auf	5.937.282 €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die in künftigen Jahren zu Auszahlungen für Investitionen und von Investitionsfördermaßnahmen führen können, wurde festgesetzt auf: 10.472.800 €

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, belief sich auf 5.859.800 €

Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde in gleicher Höhe vorgesehen wie 2009. Er belief sich auf 39,7 v. H. der Umlagegrundlagen.

Das Umlagesoll aus der Kreisumlage wurde ermittelt:

- für das Haushaltsjahr 2010	36.350.000 €
- für das vorangegangene Haushaltsjahr 2009	38.338.000 €

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die aufgrund der Defizite der letzten Jahre und des in 2010 zu erwarteten Fehlbetrages erforderlich werden, wurde für das Haushaltsjahr 2010 auf 75.000.000 € festgesetzt und damit gegenüber 2009 nicht. erhöht.



## Jahresrechnung 2010

Der Jahresabschluss des Landkreises Alzey-Worms für das Haushaltsjahr 2010 wurde mit Datum vom 16.06.2011 erstellt.

Die Jahresrechnung 2010 mit Anlagen wurde am 27.06.2011 und damit fristgemäß im Sinne von § 108 GemO dem Rechnungsprüfungsamt gemäß § 57 LKO i. V. m. § 108 Abs. 3 GemO zur Prüfung übersandt.

In der Ergebnisrechnung wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 10,2 Mio. € ausgewiesen, der um 4,38 Mio. € unter dem im Ergebnishaushalt geplanten Jahresdefizit liegt. Bei der Planung wurde ein Jahresfehlbedarf von 14,58 Mio. € kalkuliert.

Im Vergleich mit der Vorjahresrechnung wurde dort noch ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 6,55 Mio. € ausgewiesen, der um 4,7 Mio. € unter dem in Ergebnishaushalt geplanten Jahresdefizit lag

Das Jahresergebnis wird als Jahresfehlbetrag in Höhe von 10.204.425,27 € gemäß § 18 Abs. 4 Nr. 2 GemHVO auf neue Rechnung vorgetragen.

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 26 GemHVO insgesamt -8,9 Mio. €. Das Ergebnis ist um 2,8 Mio. € positiver als geplant. In der Planung wurden noch von einem Fehlbedarf von -11,7 Mio. € ausgegangen.

Als Finanzmittelfehlbetrag, werden 17,65 Mio. €, zuzüglich der übertragenen Ermächtigungen aus 2010 in Höhe von 3,2 Mio. €, als Soll ausgewiesen. Das tatsächliche Ist beträgt 13,57 Mio. €. Allerdings wurden außerdem 9,27 Mio. € an Ermächtigungen nach 2011 übertragen. Hierin sind auch 1,95 Mio. € für das Konjunkturprogramm II enthalten. Die Summe des Ist und der übertragenen Ermächtigungen erscheint deshalb höher, als der ursprüngliche Saldo.

Die Bilanz zum Schluss des Haushaltsjahres 2010 weist auf der Passivseite eine Kapitalrücklage in Höhe von 4.089.894,10 € (Vorjahr 3.738.193,47 €) aus.

Durch die Saldierung der Fehlbeträge der Haushaltsjahre 2008 und 2009 in Höhe von insgesamt 13.238.534,52 € und dem aktuellen Fehlbetrag von 10.204.425,27 € ergibt sich im Saldo ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 19.353.065,69 €.



Insgesamt schließt das Planjahr 2010 günstiger ab als veranschlagt.

Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Planansatz resultiert hauptsächlich aus:

- Mehrerträgen im Bereich der Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen, sowie bei den Erträgen der sozialen Sicherung und den sonstigen lfd. Erträgen in Höhe von insgesamt 1,8 Mio. €.
- Einsparungen im Bereich der Sach- und Dienstleistungen von 3,4 Mio. €. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass 1,95 Mio. € an Ermächtigungsvorträgen in das Haushaltsjahr 2011 erfolgten, die weitaus überwiegend für noch laufende Maßnahmen des Konjunkturprogramms II und im Bauunterhalt erforderlich sind. Diese Aufwendungen sind also nicht endgültig eingespart.
- Einsparungen im Bereich der Personalaufwendungen von 258 T. €.

Mehraufwendungen entstanden für Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von 146. T. €.

Im Haushaltsjahr 2010 wurde das Vermögen der ehemaligen Stiftung für Weiterbildung und Kultur wieder in das Kreisvermögen eingegliedert.

Die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit zeigen einen positiven Trend, der insbesondere durch die günstigen konjunkturellen Vorzeichen bedingt ist.

War auf Grund der vorliegenden Konjunkturdaten des Jahres 2009 noch von einem rückläufigen Wirtschaftswachstum auszugehen, welches sich negativ auf die Erträge des Landkreises Alzey-Worms ausgewirkt hat, zeigen jetzt alle Indikatoren in Richtung Aufschwung.

Auch die angespannte Haushaltslage des Landes generell und insbesondere durch die Steuereinkünfte, die sich auch auf die Verteilermasse für den kommunalen Finanzausgleich ausgewirkt hatten, führten zu eher skeptischen Prognosen.

Inzwischen hat sich die Wirtschaftslage wesentlich verbessert, was für die Zukunft auf eine Verbesserung der Umlagegrundlagen zumindest auf den Stand des Jahres 2008 hoffen lässt.

Der Landkreis rechnet deshalb mit einer spürbaren Erhöhung des Kreisumlageaufkommens.

Dieses wird verursacht durch höhere Einkommenssteueranteile und insbesondere einer erwarteten Erhöhung der Gewerbesteuererträge.



Die Veränderungen der Teilergebnisrechnungen vor der internen Leistungsverrechnung stellen sich wie folgt dar:

<b>TEILHAUSHALT</b>	<b>Plan</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>Verbesserung / Verschlechterung</b>
Teilhaushalt 10	-1.249.183	-1.202.070,29	47.112,71
Teilhaushalt 11	-1.604.924	-1.582.249,95	22.674,05
Teilhaushalt 12	-925.039	-622.539,16	302.499,84
Teilhaushalt 13	-624.755	-638.738,66	-13.983,66
Teilhaushalt 15	-306.143	-319.347,16	-13.204,16
Teilhaushalt 20	-394.955	-398.473,57	-3.518,57
Teilhaushalt 21	-10.692.606	-8.770.508,66	1.922.097,34
Teilhaushalt 22	-863.014	-727.255,76	135.758,24
Teilhaushalt 23	542.326	543.475,49	1.149,49
Teilhaushalt 30	-777.849	-780.564,32	-2.715,32
Teilhaushalt 31	-343.166	-304.795,02	38.370,98
Teilhaushalt 32	557.869	548.271,36	-9.597,64
Teilhaushalt 40	-23.587.560	-22.306.986,67	1.280.573,33
Teilhaushalt 41	-1.006.070	-929.954,83	76.115,17
Teilhaushalt 50	-19.609.641	-20.235.955,06	-626.314,06
Teilhaushalt 51	-620.638	-351.233,12	269.404,88
Teilhaushalt 60	-1.652.360	-1.752.144,35	-99.784,35
Teilhaushalt 61	-1.177.818	-917.720,53	260.097,47
Teilhaushalt 62	-492.409	-455.967,69	36.441,31
Teilhaushalt 70	-676.681	-678.488,07	-1.807,07
Teilhaushalt 71	567.132	687.102,60	119.970,60
Teilhaushalt 72	-248.501	-272.728,44	-24.227,44
Teilhaushalt 80	-94.212	-45.850,22	48.361,78
Teilhaushalt 90	396.460	268.738,14	-127.721,86
Teilhaushalt 99	50.298.990	51.041.558,67	742.568,67
	<b>-14.584.747</b>	<b>-10.204.425,27</b>	<b>4.380.321,73</b>



### Ergebnisrechnung

**Der Jahresfehlbetrag reduziert sich um 4.380.321,73 € gegenüber der Planung.**

### Personal- und Versorgungsaufwendungen

Im Ergebnishaushalt wurden 258 T. € weniger Personalaufwendungen als veranschlagt benötigt. Bei den Versorgungsaufwendungen konnte die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen für Beamte um 9 T. € vermindert werden. Ursächlich ist die Neuberechnung der Versorgungsansprüche durch die Versorgungskasse Darmstadt, die bei Aufstellung des Haushaltsplanes noch nicht vorlag.

### Teilhaushalt 21 – Schule, Sport, Kultur

Bei den Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge- wurden insgesamt 285 T. € weniger als geplant eingenommen, bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten 55 T. €. Allerdings wurden 408 T. € für die Schulbuchausleihe als Ertrag gebucht, die im Jahr 2010 noch nicht eingeplant werden konnten.

An Zuweisungen des Landes für das Konjunkturprogramm II wurden 702 T. € noch nicht vereinnahmt, da die Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen waren.

Im Aufwandsbereich wurde bei den Personalaufwendungen- im Vergleich zum Ansatz 76 T. € gespart.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 2,28 Mio. €. Diese Position enthält allerdings wiederum die Aufwendungen für das Konjunkturprogramm II. Hier wurden 1,9 Mio. € als Ermächtigung zur Leistung von Aufwendungen und Ausgaben in das folgende Haushaltsjahr übertragen.

Weitere Mehraufwendungen fielen bei den Abschreibungen –in Höhe von 112 T. € an.

### Teilhaushalt 22 – Öffentlicher Personennahverkehr, Schülerbeförderung

Wesentliche Änderungen ergaben sich bei den sonstige Transfererträgen, hier konnten Mehrerträge in Höhe von 33 T. € wegen der Erhöhung der Zuweisungen für die Schülerbeförderung realisiert werden.

Dem stehen allerdings Mindererträge in Höhe von 160 T. € wegen der Reduzierung des Eigenanteils der Erziehungsberechtigten durch die Schulstrukturreform gegenüber.



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

---

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen konnten Einsparungen in Höhe von 256 T. € erzielt werden. Ursächlich war hier unter anderem die Aufhebung der Auslagerung des Kindergartens von Gau-Bickelheim nach Wöllstein mit einer Reduzierung der Kosten um 32 T. €.

### Teilhaushalt 40 - Sozialhilfe

Wesentliche Abweichungen zwischen den Planansätzen und dem Rechnungsergebnis bestehen bei den Erträgen der sozialen Sicherung, hier wurden jeweils Mehrerträge in Höhe von 783 T. € erwirtschaftet.

Bei den Aufwendungen der sozialen Sicherung wurden 480 T. € weniger gegenüber der Planung verausgabt. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen konnten Einsparungen in Höhe von 104 T. € gegenüber der Haushaltsplanung erzielt werden.

### Teilhaushalt 50 - Jugendamt

Der Zuschussbedarf des Teilhaushalts hat sich um 626 T. € gegenüber dem Haushaltsplan erhöht.

Wesentliche Veränderungen bestehen insbesondere bei den Aufwendungen der sozialen Sicherung in Höhe von 780 T. €.

Bei den Hilfen zur Erziehung sind insgesamt steigende Fallkosten zu verzeichnen, insbesondere durch Tarifabschlüsse in den erzieherischen Berufen; steigende Zahlen komplexer Fälle, in denen mehrere Maßnahmen eingesetzt werden und die zunehmende Notwendigkeit aufgrund besonderer Problemlagen, Kinder und Jugendliche in speziellen und damit auch teuren Einrichtungen unterzubringen. Der Zuschussbedarf erhöht sich um 117 T. €.

Bei den Leistungen der Inobhutnahme und Notaufnahme sowie Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder, Jugendliche und junge Volljährige steigen die Aufwendungen um 461 T. € gegenüber der Planung.

Zur Begründung können die Ausführungen zum Produkt Hilfen zur Erziehung herangezogen werden.





Das Produkt Tageseinrichtungen für Kinder umfasst den Gesamtbereich der Kostenbeteiligung bei den nicht durch Eigenleistung der Träger gedeckten Personalkosten für Kindergärten, Kinderkrippen und Kinderhorte.

Mehrerträge ergeben sich durch Mehreinnahmen bezüglich des Betreuungsbonus in Höhe von 100 T. € und der Personalkostenspitzabrechnung mit den Trägern aus dem Jahr 2009.

Die Grundlage für 3 Abschlagszahlungen im Bezug auf das laufende Haushaltsjahr 2010 bietet die Kalkulation der Kindertagesstättenträger. Die Minderaufwendungen diesbezüglich entstammen Planungen aus dem Jahr 2009. Die tatsächlichen Aufwendungen für das Jahr 2010 ergeben sich erst aus der Spitzabrechnung, die im Jahr 2011 durchgeführt wird,

Insgesamt erhöht sich der Zuschussbedarf für das Produkt 3650 „Tageseinrichtungen für Kinder“ um 388 T. €.

#### Teilhaushalt 60 – Allgemeine Bauverwaltung, Bauförderung, Bauaufsicht

Wesentliche Abweichungen zwischen den Planansätzen und dem Rechnungsergebnis bestehen bei den Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträge in Höhe von Mehrerträgen von 644 T. €. Hierbei handelt es sich allerdings um die außerordentliche Auflösung von Sonderposten auf Zuwendungen.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen konnten Einsparungen in Höhe von 108 T. € realisiert werden.

Allerdings wurden bei den sonstigen laufenden Aufwendungen- Mehraufwendungen von 891 T. € gebucht. Diese resultieren aus Verlusten aus dem Abgang von Anlagevermögen bei Kreisstraßen, wenn Straßenabschnitte erneuert und dadurch die bisherigen Abschnitte ausgebucht wurden, als auch bei Abstufungen, bei denen die Vermögensgegenstände auch tatsächlich ins Eigentum eines anderen Trägers übergehen und nicht ersetzt werden. Diese Mehraufwendungen korrespondieren mit den Mehrerträgen durch die Auflösung von Sonderposten.

#### Teilhaushalt 61 – Zentrales Gebäudemanagement

Wesentliche Abweichungen zwischen den Planansätzen und dem Rechnungsergebnis ergaben sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, hier waren 739 T. € als Planansatz vorgesehen. Das Rechnungsergebnis belief sich auf insgesamt 466 T. €. Es liegt somit eine Verbesserung in Höhe von 273 T. € vor. Dies begründet sich insbesondere durch bauliche Unterhaltungsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II. Diese wurden nicht in der geplanten Höhe realisiert.



Teilhaushalt 62 – Naturschutz, Wasserwirtschaft, Immissionsschutz

Wesentliche Abweichungen zwischen den Planansätzen und dem Rechnungsergebnis ergaben sich bei den Zuwendungen in Höhe von 270 T. €. Hierhandelt es sich um Maßnahmen aus der Renaturierung der Gewässer II. Ordnung („Aktion Blau“). Diese Maßnahmen konnten 2010 nicht umgesetzt werden, insofern sind auch die geplanten Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen nicht erfolgt. Hier waren 364 T. € veranschlagt, tatsächlich wurden hiervon nur 70 T. € in Anspruch genommen. Die Differenz beläuft sich auf 294 T. €.

Die Maßnahmen wurden im Haushalt 2011 neu veranschlagt.

Teilhaushalt 99

Der Anteil von Aufwendungen des Teilhaushaltes 99 an den Gesamtaufwendungen beträgt 513 T. € (Vorjahr 560 T. €), hierbei handelt es sich um die Erstattung an den Fonds „Deutsche Einheit“.

Die laufenden Erträge betragen 55.99 Mio. €. (Vorjahr 57.9 Mio. €).

Diese umfassen die Schlüsselzuweisungen B1, B2, die Investitionsschlüsselzuweisung, die Kreisumlage, sowie Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen.

Bei der Schlüsselzuweisung B2 konnten 164 T. € mehrmals veranschlagt vereinnahmt werden.

Bei der Kreisumlage erhöhte sich das Ist-Aufkommen um 49 T. €.

Der Anteil des Zinsaufwandes beträgt 5.06 Mio. € (Vorjahr 4,9 Mio. €), dies entspricht einem Zinsaufwand pro Einwohner in Höhe von 40,31 €. (Vorjahr 39,33 €). Trotz der gravierenden Zunahme der Liquiditätskredite konnte der Zinsaufwand auf einem relativ niedrigen Niveau gehalten werden.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Ursächlich für die hohen außerordentlichen Buchungen sind die Auflösung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur und die damit verbundene Eingliederung des KUZ in das Vermögen des Landkreises. Ertragsmäßig wirkten sich das Ausbuchen der Verbindlichkeit für die Kontenstände des KUZ (Kontenstände des KUZ bislang in Kreisbilanz aktiviert, in gleicher Höhe aber auch als Verbindlichkeit passiviert) sowie das Einbuchen des Anlagevermögens (Grundstücke, Gebäude, bewegliches Vermögen) aus. Demgegenüber steht das aufwandswirksame Ausbuchen der Beteiligung am KUZ, die zuvor unter den Finanzanlagen des Landkreises bilanziert wurde.



Die Veränderungen der Teilfinanzrechnungen ohne Investitionen stellen sich wie folgt dar:

<b>TEILHAUSHALT</b>	<b>Plan</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>Verbesserung / Verschlechterung</b>
Teilhaushalt 10	-1.114.379	-1.108.203,30	6.175,70
Teilhaushalt 11	-1.520.082	-1.481.878,11	38.203,89
Teilhaushalt 12	-1.085.871	-802.985,87	282.885,13
Teilhaushalt 13	-593.801	-603.806,32	-10.005,32
Teilhaushalt 15	-224.189	-295.250,97	-71.061,97
Teilhaushalt 20	-332.075	-395.913,40	-63.838,40
Teilhaushalt 21	-8.833.656	-7.475.675	1.357.981,00
Teilhaushalt 22	-858.110	-887.588,42	-29.478,42
Teilhaushalt 23	553.045	558.858,58	5.813,58
Teilhaushalt 30	-426.366	-492.203,49	-65.837,49
Teilhaushalt 31	-305.233	-259.966,97	45.266,03
Teilhaushalt 32	581.665	582.249,51	584,51
Teilhaushalt 40	-23.104.486	-22.729.038,89	375.447,11
Teilhaushalt 41	-804.906	-832.583,60	-27.677,60
Teilhaushalt 50	-19.199.244	-19.917.068,93	-717.824,93
Teilhaushalt 51	-588.238	-525.330,96	62.907,04
Teilhaushalt 60	-836.252	-783.326,16	52.925,84
Teilhaushalt 61	-1.053.370	-787.988,25	265.381,75
Teilhaushalt 62	-427.770	-361.379,69	66.390,31
Teilhaushalt 70	-591.346	-645.328,05	-53.982,05
Teilhaushalt 71	643.975	730.309,16	86.334,16
Teilhaushalt 72	-156.333	-271.984,20	-115.651,20
Teilhaushalt 80	-62.014	-18.648,68	43.365,32
Teilhaushalt 90	-457.861	-320.186,71	137.674,29
Teilhaushalt 99	49.081.860	50.199.854,38	1.117.994,38
	<b>-11.715.037</b>	<b>-8.925.064,34</b>	<b>2.789.972,66</b>



Die Veränderungen der Ergebnisse für Investitionen in den Teilfinanzhaushalten stellen sich wie folgt dar.

Teilhaushalt	Plan	Jahresergebnis	Verbesserung / Verschlechterung	Übertragung
Teilhaushalt 10	0	0	0	0
Teilhaushalt 11	-138.400	-165.759,83	-27.359,83	0
Teilhaushalt 12	0	9.759,37	9.759,37	0
Teilhaushalt 13	0	0	0	0
Teilhaushalt 15	0	0	0	0
Teilhaushalt 20	0	0	0	0
Teilhaushalt 21	-2.993.255	-2.941.911,16	513.43,84	-3.425.600,00
Teilhaushalt 22	-1.560.000	-376.707,18	1.183.292,82	-2.123.800,00
Teilhaushalt 23	0	0	0	0
Teilhaushalt 30	-150.000	-60.976,17	89.023,83	-106.000,00
Teilhaushalt 31	0	0	0	0
Teilhaushalt 32	0	0	0	0
Teilhaushalt 40	0	13,00	13	0
Teilhaushalt 41	0	0	0	0
Teilhaushalt 50	-654.895	-490.611,97	164.283,03	-107.800,00
Teilhaushalt 51	0	0	0	0
Teilhaushalt 60	-403.750	-544.658,51	-140.908,51	-634.700,00
Teilhaushalt 61	0	-3.479,10	-3.479,1	0
Teilhaushalt 62	0	-1.588,00	-1.588	0
Teilhaushalt 70	0	0	0	0
Teilhaushalt 71	0	0	0	0
Teilhaushalt 72	0	0	0	0
Teilhaushalt 80	0	0	0	0
Teilhaushalt 90	-36.982	-64.965,65	-27.983,65	0
Teilhaushalt 99	0	0	0	0
	<b>-5.937.282</b>	<b>-4.640.885,20</b>	<b>1.296.396,80</b>	<b>-6.397.900,00</b>

Der Finanzmittelfehlbetrag reduziert sich um 4.086.369,46 € gegenüber der Planung.



### Darstellung der Finanzlage des laufenden Haushaltsjahres 2011

In seiner Sitzung am 21.12.2010 hat der Kreistag die Haushaltssatzung 2011 mit ihren Bestandteilen und Anlagen beschlossen. Am 14.02.2011 wurde die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt. Die Haushaltssatzung wies einen Fehlbetrag in Höhe von 12.595.839 € aus.

In der Haushaltssatzung wurden für das **Haushaltsjahr 2011** folgende Festsetzungen getroffen:

#### **Ergebnishaushalt:**

Gesamtbetrag der Erträge	auf	119.738.184 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	auf	<u>132.334.023 €</u>
<b>der Jahresfehlbetrag</b>	<b>auf</b>	<b>-12.595.839 €</b>

#### **Finanzhaushalt:**

die ordentlichen Einzahlungen	auf	115.684.624 €
die ordentlichen Auszahlungen	auf	<u>123.685.847 €</u>

**der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen** auf **-8.001.223 €**

die außerordentlichen Einzahlungen	auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen	auf	<u>210.000 €</u>

**der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen** auf **-210.000 €**

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	4.763.350 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	<u>12.418.363 €</u>

**der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** auf **-7.655.013 €**

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	18.265.136 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	<u>2.398.900 €</u>

**der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** auf **15.866.236 €**

Das Defizit des Ergebnishaushaltes vermindert sich damit gegenüber dem Haushaltsplan 2010 um 1.988.908 €.

Das Defizit im Finanzhaushalt vermindert sich um 1.786.083 €



Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, die zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich sind, ist festgesetzt

zinslose Kredite	auf	182.000 €
verzinsliche Kredite	auf	7.655.013 €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die in künftigen Jahren zu Auszahlungen für Investitionen und von Investitionsfördermaßnahmen führen können, ist festgesetzt auf:

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf	6.288.500 €
	4.737.400 €

Der Hebesatz für die Kreisumlage wird um 1,5 v. H. erhöht.  
Er beträgt damit 41,2 v. H. der Umlagegrundlagen.

Das Umlagesoll aus der Kreisumlage beträgt:

- für das laufende Haushaltsjahr	38.436.140 €
- für das vorangegangene Haushaltsjahr	36.398.641 €

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die aufgrund der Defizite der letzten Jahre und des in 2011 zu erwarteten Fehlbetrages erforderlich werden, wird für das Haushaltsjahr 2011 auf 85.000.000 € festgesetzt und damit gegenüber dem Haushaltsjahr 2010 um 10 Mio. € erhöht.



Die Ansätze für das Planjahr 2011 wiesen im Vergleich zum Haushaltsplan 2010 folgende Änderungen auf:

<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Mehr / Weniger</b>	<b>In %</b>
Erträge	118.428.667	119.738.184	1.309.517	1,11
Aufwendungen	133.013.414	132.334.023	-679.391	-0,51
Fehlbetrag	-14.584.747	-12.595.839	-1.988.908	-13,64
<b>Finanzhaushalt</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Mehr / Weniger</b>	<b>In %</b>
Ordentliche Einzahlungen	111.445.045	115.684.624	4.239.579	3,80
Ordentliche Auszahlungen	123.010.082	123.685.847	675.765	0,55
Fehlbetrag	-11.565.037	-8.001.223	-3.563.814	-30,82
Einzahlungen aus Investitionen	2.864.768	4.763.350	1.898.582	66,27
Auszahlungen aus Investitionen	8.802.050	12.418.363	3.616.313	41,08
Saldo Investitionen	-5.937.282	-7.655.013	1.717.731	28,93
Einzahlungen aus Finanzierungen	20.013.669	18.265.136	-1.748.533	-8,74
Auszahlungen aus Finanzierungen	2.361.350	2.398.900	37.550	1,59
Saldo Finanzierungen	17.652.319	15.866.236	-1.786.083	-10,12
Summe Einzahlungen	134.323.482	138.713.110	4.389.628	3,27
Summe Auszahlungen	134.323.482	138.713.110	4.389.628	3,27

Ergebnishaushalt

Saldo der Teilhaushalte 2011, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2010

Teil- haus- halt	Ansätze 2011 vor internen Verrechnungen		Ordentliches Ergebnis 2011	Ordentliches Ergebnis 2010	Vergleich 2010/2011 mehr/- weniger
	Erträge	Aufwendungen			
10	356.050	1.561.615	-1.205.565	-1.249.183	-43.618
11	41.818	1.691.445	-1.649.627	-1.604.924	44.703
12	375.679	1.033.974	-658.295	-775.039	-116.744
13	77.783	745.871	-668.088	-624.755	43.333
15	23.001	334.196	-311.195	-306.143	5.052
20	498.449	893.686	-395.237	-394.955	282
21	2.826.719	12.208.493	-9.381.774	-10.692.606	-1.310.832
22	3.567.854	4.681.902	-1.114.048	-863.014	251.034
23	832.072	245.314	586.758	542.326	44.432
30	115.006	926.600	-811.594	-777.849	33.745
31	90.517	436.498	-345.981	-343.166	2.815
32	1.358.749	873.260	485.489	557.869	-72.380
40	23.130.213	46.766.234	-23.636.021	-23.587.560	48.461
41	2.315.301	3.246.349	-931.048	-1.006.070	-75.022
50	16.123.967	36.362.674	-20.238.707	-19.609.641	629.066
51	1.428.688	2.068.459	-639.771	-620.638	19.133
60	3.087.719	4.714.208	-1.626.489	-1.652.360	-25.871
61	103.638	1.242.777	-1.139.139	-1.177.818	-38.679
62	679.787	1.368.447	-688.660	-492.409	196.251
70	263.370	1.149.880	-886.510	-676.681	209.829
71	2.288.521	1.704.827	583.694	567.132	-16.562
72	234	263.597	-263.363	-248.501	14.862
80	13.581	47.847	-34.266	-94.212	-59.946
90	1.301.206	1.926.370	-625.164	-506.773	118.391
99	58.838.262	5.629.500	53.208.762	50.298.990	2.909.772
	<b>119.738.184</b>	<b>132.124.023</b>	<b>-12.385.839</b>	<b>-15.337.980</b>	<b>-2.952.141</b>





## Finanzhaushalt (ohne Investitionen)

Saldo der Teilhaushalte 2011, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2010

Teil- haus- halt	Ansätze 2011		ordentliches Ergebnis 2011	ordentliches Ergebnis 2010	Vergleich 2010/2011 mehr/- weniger
	Einzahlungen	Auszahlungen			
10	276.400	1.404.308	-1.127.908	-1.114.379	13.529
11	20.770	1.578.086	-1.557.316	-1.520.082	37.234
12	56.950	951.607	-894.657	-935.871	-41.214
13	50.500	678.955	-628.455	-593.801	34.654
15	0	281.011	-281.011	-224.189	56.822
20	425.600	779.974	-354.374	-332.075	22.299
21	1.767.660	9.277.071	-7.509.411	-8.833.656	-1.324.245
22	3.562.500	4.669.179	-1.106.679	-858.110	248.569
23	824.000	226.115	597.885	553.045	44.840
30	57.050	570.862	-513.812	-426.366	87.446
31	64.500	370.007	-305.507	-305.233	274
32	1.330.500	837.900	492.600	581.665	-89.065
40	23.733.500	46.621.448	-22.887.948	-23.104.486	-216.538
41	2.307.000	3.037.113	-730.113	-804.906	-74.793
50	16.047.985	35.852.902	-19.804.917	-19.199.244	605.673
51	1.402.000	2.006.985	-604.985	-588.238	16.747
60	1.249.100	1.992.838	-743.738	-836.252	-92.514
61	46.710	1.056.202	-1.009.492	-1.053.370	-43.878
62	482.600	1.104.038	-621.438	-427.770	193.668
70	232.700	1.081.898	-849.198	-591.346	257.852
71	2.222.650	1.596.309	626.341	643.975	17.634
72	0	263.216	-263.216	-156.333	106.883
80	0	0	0	-62.014	62.014
90	1.266.820	1.818.323	-551.503	-457.861	93.642
99	58.257.129	5.629.500	52.627.629	49.081.860	3.545.769
	<b>115.684.624</b>	<b>123.685.847</b>	<b>-8.001.223</b>	<b>-11.715.037</b>	<b>-3.713.814</b>



Aus dem Zwischenabschluss vom 30.06.2011 ergeben sich für die Haushaltswirtschaft 2011 voraussichtlich folgende Abweichungen gegenüber der Planung:

Bundestag und Bundesrat haben am 25. Februar 2011 dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII) zugestimmt. Das Gesetz trat mit dem Datum der Verkündung im Bundesgesetzblatt am 29.03.2011 rückwirkend zum 01.01.2011 in Kraft.

Diese völlig neue Aufgabe konnte weder im Jobcenter noch innerhalb der Kreisverwaltung durch vorhandenes Personal bewältigt werden.

Außerdem stellt der Bund den Kommunen im Rahmen der Gesetzgebung zum Bildungspakt auch zusätzliche Mittel zweckgebunden für die Schulsozialarbeit zur Verfügung. Mit diesen Mitteln soll die Ausbauplanung für die Schulsozialarbeit im Landkreis Alzey-Worms verwirklicht werden.

Die Umsetzung dieser neuen Aufgaben machte die Erstellung einer Nachtragshaushaltssatzung und eines Nachtragsstellenplanes erforderlich. Insgesamt wurden durch den 1. Nachtragsstellenplan für das Haushaltsjahr 2011 9 zusätzliche Stellen geschaffen.

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier hat mit Verfügung vom 09.06.2011, Az. 17 4-AZ/21a, die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Alzey-Worms für das Haushaltsjahr 2011 genehmigt.

Die vom Vermittlungsausschuss auf Bundesebene erarbeitete gesetzliche Neuregelung enthält die volle finanzielle Kompensation der Verwaltungs- und Zweckausgaben für das Bildungspaket.

Allerdings war zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtragsplanes die Verteilung und damit Höhe der Mittel und die im Jahr 2011 anfallenden Aufwendungen unbekannt.

Für diese neuen Aufgaben sind deshalb im Haushalt keine zusätzlichen Mittel veranschlagt. Die Deckung der Aufwendungen erfolgt im Rahmen der Ausführung des Haushalts durch in entsprechender Höhe eingehende Bundesmittel.



Die Kreisverwaltung hat zum 01.05.2011 offiziell die Zuständigkeit für die Lebensmittelüberwachung auf dem Gebiet der kreisfreien Stadt Worms übernommen.

Die Stadt Worms hatte seit November 2010 die Aufgaben der Lebensmittelkontrolle vorübergehend weitergeführt. Diese Übergangsphase war notwendig geworden, um bei der Kreisverwaltung die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zu schaffen. Grundlage des Aufgabenübergangs war eine Verordnung des Landes vom Oktober 2010, nach der die Zuständigkeit für die Kontrolle von Lebensmitteln von den kreisfreien Städten mit weniger als 100.000 Einwohner auf die Kreisverwaltungen übergehen.

Für diese neue Aufgabe sind im Haushaltsplan 2011 Personal- und Sachkosten veranschlagt. Eine Einigung über die Kompensation durch Erstattungen des Landes konnte allerdings bisher noch nicht erzielt werden.

**In der Ergebnisrechnung wird mit einer Verminderung des Jahresfehlbetrages um 1,26 Mio. € gerechnet.**

Allerdings werden 470 T. € im Haushaltsjahr 2012 neu veranschlagt. Netto kann deshalb mit einer Verbesserung von ca. 790 T. € gerechnet werden.

**In der Finanzrechnung wird mit einer Verminderung des Finanzmittelfehlbeitrages um 2,2 Mio. € gerechnet.**

Wie bei der Ergebnisrechnung ist dies jedoch teilweise auf Verschiebung und Neuveranschlagung von Maßnahmen zurückzuführen.

Netto verbleibt deshalb eine voraussichtliche Verbesserung in Höhe von 1,75 Mio. €.

Mittel für Investitionen in Höhe von 300 T. € werden voraussichtlich endgültig eingespart, weil die Submissionsergebnisse unter den veranschlagten Kosten blieben.



Teilhaushalt 21 – Schule, Sport, Kultur

Die Baumaßnahmen IGS-Osthofen und Mensa Alzey sind zwar im Zeitplan, der Mittelabfluss im Finanzhaushalt liegt aber noch weit unter der Veranschlagung. Dies führt zu einer bisher geringen Investitionskreditaufnahme als kalkuliert.

Für alle Baumaßnahmen sind deshalb Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2012 erforderlich.

Teilhaushalt 22 – Öffentlicher Personennahverkehr, Schülerbeförderung

Die veranschlagten Investitionszuschüsse für den Ausbau der Bahnsteige für den S-Bahnbetrieb in Höhe von 316 T. € im Jahr 2011 und der Ermächtigungsvortrag aus dem Jahr 2010 in Höhe von 90 T. € kommen im Jahr 2011 voraussichtlich nicht mehr zur Auszahlung.

Teilhaushalt 23 - Bußgeldstelle

Nach den bisherigen Fallzahlen und dem Bußgeldaufkommen ergibt eine Hochrechnung auf das komplette Jahr 150 T. € Mehrerträge bei den Verkehrsordnungswidrigkeiten und ca. 10 T. € bei den sonstigen Bußgeldverfahren. Die Einnahmen bei den Verwaltungsgebühren steigen ebenfalls um 10 T. €.

Teilhaushalt 32 - Straßenverkehr, Verkehrswirtschaft, Kfz-Zulassung

Die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren der Kfz-Zulassungsstelle steigen voraussichtlich um 100 T € wegen des Anstiegs der Fallzahlen im Zulassungsgeschäft um 9%.

Bei den Erträgen aus der Ahndung von Verstößen gegen Halterpflichten wird wegen der Erhöhung der Gebührensätze im Anzeigengeschäft und eines Anstiegs der Geschäftsvorfälle um 6% mit zusätzlichen Einnahmen von 20 T. € gerechnet.

Die Ausgaben für Verbrauchsmittel, insbesondere Fahrzeugscheinvordrucke, sinken um 20 T. €, da aus dem Jahr 2010 noch ein größerer Restbestand vorhanden war und im Jahr 2011 deshalb weniger Vordrucke beschafft werden müssen.



#### Teilhaushalt 40 - Sozialhilfe

Wesentliche Änderungen sind hier die Mehreinnahmen von 1,2 Mio. € aus den Leistungen des Bundes für die Erstattungen nach SGB II.

Hierin sind allerdings auch Erstattungen für die Verwaltungskosten des neuen Bildungspaktes von 134 T. € und Schulsozialarbeit sowie Essen in Höfen mit 313 T. € enthalten.

Diese werden im Rahmen der steigenden Personalkosten für Schulsozialarbeit und Verwaltungspersonal wieder verausgabt.

Wenigereinnahmen in Höhe von 247 T. € ergeben sich bei verschiedenen Einnahmepositionen; diesen stehen Wenigerausgaben von 73 T. € gegenüber

In der Summe des Teilhaushalts ergibt sich eine Ergebnisverbesserung von 579 T. €

#### Teilhaushalt 41 – Soziale Sonderaufgaben

Im Teilhaushalt 41 ist voraussichtlich mit Mehreinnahmen von 50 T. € zu rechnen.

Dem stehen allerdings auch Mehrausgaben von 30 T. € gegenüber; mithin voraussichtlich Reduzierung des Zuschussbedarfs um 20 T. €.

Die Teilhaushalte 40 und 41 des Sozialamtes schließen somit voraussichtlich mit einer Verbesserung von insgesamt 599 T. € ab.

#### Teilhaushalt 50 - Jugendamt

Im Teilhaushalt 50 des Jugendamtes wird bei den laufenden Leistungen absehbar mit einem voraussichtlich um 546 T. € höherem Zuschussbedarf gegenüber den Ansätzen gerechnet.

In Höhe von ca. 500 T. € ergeben sich in der Zwischenkalkulation Mehraufwendungen, die jedoch möglicherweise in dieser Höhe, auf das gesamte Haushaltsjahr betrachtet, nicht eintreten.

Bei der Unterbringung von Mutter, Vater und Kind ergeben sich wegen Fallzunahmen im ersten halben Jahr Mehrkosten in Höhe von ca. 100 T. €. Im Bereich der Vollzeitpflege zeichnen sich aufgrund wesentlicher Fallsteigerung Mehrausgaben in Höhe von ca. 200 T. € ab. Weitere Fallsteigerungen bestehen im Bereich der ambulanten Förderung und den stationären Leistungen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche. Zurzeit ergeben sich hier evtl. Mehrausgaben in der Größenordnung von ca. 200 T. €.

Da es allerdings erfahrungsgemäß nach den Sommerferien in diesen Bereichen zu Fallrückgängen kommt wurde bei ähnlicher Prognosesituation im letzten Jahr das Ausgabenvolumen insgesamt gehalten.



**Vorbericht zum Haushaltsplan 2012**

---

Bei dem Produkt 3650 „Tageseinrichtungen für Kinder“ werden Mehreinnahmen bei den Landeszuschüssen in Höhe von 1,62 Mio. € erwartet.

Dem stehen allerdings insgesamt Mehrausgaben von 5,62 Mio. € aus der Übernahme der Personalkosten bei kommunalen und freien Trägern gegenüber.

Zur Deckung dieser Mehrausgaben werden die Einsparungen unter Produkt 3610 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ aus der Verringerung der Ausgabenposition um 3,32 Mio. € und Mehreinnahmen aus Landeszuschüssen in Höhe von 138 T. € verwendet.

Bei Zusammenbetrachtung beider Produkte verbleiben insgesamt 546 T. € Mehraufwendungen, im wesentlichen begründet mit gestiegenen Personalkosten der Träger.

Bei der Schulsozialarbeit ergeben sich Einnahmeverbesserung in Höhe von 320 T. € durch die zweckgebundene Zuweisung zu den Aufwendungen der örtlichen Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 221 SGB II für die Einrichtung weiterer Schulsozialarbeiterstellen. Dem stehen im Jahr 2011 nur Aufwendungen inkl. der Personalkosten von ca. 70 T. € gegenüber. Die verbleibenden Bundesmittel werden in die Haushaltsjahre 2012 und 2013 zur Deckung weiterer Aufwendungen übertragen.

Teilhaushalt 60 – Allgemeine Bauverwaltung, Kreisstraßen und Radwege

Bei den Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens werden 95 T. € zusätzlich benötigt für die Nachholung der unterlassenen Unterhaltung der abgestuften K 44 in Hangen-Wahlheim.

Diese Kosten werden allerdings nicht unter Konto 5233 „Unterhaltung Infrastruktur“ gebucht, sondern unter 599 „außerordentlicher Aufwand“. Bei beiden Konten war diese Maßnahme bisher nicht veranschlagt.

Teilhaushalt 61 - Gebäudemanagement

Bei den Baumaßnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms II sind von den vorgetragenen Ermächtigungen aus dem Jahr 2010 in Höhe von 1,913 Mio. € erst 1,137 Mio. € verausgabt. Für 659 T. € sind Auftragsvormerkungen eingebucht. Über 117 T. € ist noch nicht verfügt (Stand 27.08.2011).

Da das Konjunkturprogramm II bis 31.12.2011 abgerechnet sein muss, wird davon ausgegangen, dass alle offenen und vorgemerkten Mittel noch verausgabt werden.



Teilhaushalt 62 – Naturschutz, Wasserwirtschaft, Immissionsschutz.

Bei der Gewässerunterhaltung werden die Renaturierungsmaßnahmen an der Pfrimm im Rahmen der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Jahr 2011 nicht mehr durchgeführt.

Bei den Aufwendungen fällt demnach der Großteil der veranschlagten 470 T. € in diesem Jahr nicht mehr an. Damit werden auch die Erträge aus Zuwendungen in Höhe 423 T. € nicht fällig. Die Maßnahme wird im Jahr 2012 neu als Investition veranschlagt, da die Ausführungsplanung über reine Unterhaltungsarbeiten hinausgeht.

Bei den Verwaltungsgebühren für immissionsschutzrechtliche Genehmigungen sind statt der veranschlagten 30 T. € bereits 168 T. € eingegangen. Ursächlich ist die große Zahl an Genehmigungen für Windkraftanlagen.

Mit einem Mehrertrag von ca. 170 T. € kann gerechnet werden.

Teilhaushalt 99 – Zentrale Finanzdienstleistungen

Bei den Schlüsselzuweisungen und der Kreisumlage ergibt sich eine Verbesserung gegenüber den Ansätzen um insgesamt 529 T. €.

Hiervon entfallen 387 T. € auf die Schlüsselzuweisung B2 wegen der Anpassung des Grundbetrages gemäß § 9 Abs. 2 LFAG, die Investitionsschlüsselzuweisung 45 T. € und die Kreisumlage 97 T. €.

Die Zinsen für Investitionskredite vermindern sich um 181 T. €.

Ursächlich sind wiederum die erheblichen Verschiebungen der Auszahlungen für veranschlagte Investitionen in die Folgejahre.

Für Investitionsauszahlungen sind im Jahr 2011 inkl. der übertragenen Ermächtigungen aus dem Jahr 2010 kumuliert 18,8 Mio. € veranschlagt. Dem stehen geplante Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von 5,73 Mio. € gegenüber.

Der Saldo in Höhe von 13,07 Mio. € wäre durch Investitionskredite zu finanzieren. Tatsächlich wurden bisher erst zwei Kredite mit einem Gesamtvolumen von 4 Mio. € aufgenommen. Damit sind die Investitionsauszahlungen bis September 2011 ausfinanziert.

Die Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite vermindern sich um 32 T. €.

Insgesamt ergibt sich in der Ergebnis- und Finanzrechnung des Teilhaushalts 99 eine Verbesserung um 742 T. €.



### Investitionen

Bei den Investitionen zeichnet sich wie bereits in den Jahren 2009 und 2010 ab, dass ein erheblicher Teil der veranschlagten Mittel im laufenden Jahr nicht mehr zur Auszahlung kommt.

Von 18,8 Mio. € Mitteln für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit, hiervon 6,4 Mio. € übertragene Ermächtigungen aus Vorjahren, waren Stand 30.06. erst 2,4 Mio. € und mit Stand 27.10. 5,04 Mio. € verausgabt.

Endgültig eingespart werden Mittel in Höhe von 300 T. € im Kreisstraßenbau.

### Personal- und Versorgungsaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen im Gesamtergebnishaushalt werden voraussichtlich 9 T. € weniger benötigt als veranschlagt. Gleichzeitig vermindern sich die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen um 138 T. €. Im Saldo verbleibt eine Erhöhung des Defizits um 129 T. €

Bei den sonstigen Erträgen im Personalbereich erhöht sich die Erstattung für das Gesundheitsamt voraussichtlich um 26 T. €; die Erstattung für diesonstigen kommunalisierten Mitarbeiter/innen um 122 T. €. Die Erstattung der Personalkosten von der ARGE vermindert sich um 28 T. €. Zusammen mit verschiedenen kleineren Einnahmeänderungen verbessern sich die Erträge und Einzahlungen insgesamt um 129 T. €.

Die sonstigen Aufwendungen und Auszahlungen im Personalbereich steigen um 102 T. €. Insbesondere handelt es sich hierbei um die Erhöhung des kommunalen Finanzierungsanteils für das Jobcenter Alzey-Worms von 12,6% auf 15,2% (73 T. €)





Fazit

In der Ergebnisrechnung wird netto mit einer Verminderung des Jahresfehlbetrages um 790 T. € gerechnet, in der Finanzrechnung mit einer Verminderung des Finanzmittelfehlbeitrages um 1,75 Mio. €.

Die Erträge aus Steuern und Umlagen weisen einen positiven Trend aus. Die Auswertung von Umfragen stellt für den Landkreis einen stärkeren Anstieg als im Landesdurchschnitt dar. Dies dürfte sich im kommenden Jahr positiv auf die Umlagegrundlagen und damit das Aufkommen aus der Kreisumlage auswirken. Mit einem Umlageaufkommen in Höhe von ca. 40 Mio. € im Jahr 2012 wird gerechnet.

Weiterhin ist die Kreisverwaltung bemüht über den Landkreistag Rheinland-Pfalz mit dem Land Kompensationen für den zusätzlichen Aufwand wegen der Übernahme von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Stadt Worms im Lebensmittel- und Veterinärwesen, sowie bei den Personalkosten im Kindertagesstättenbereich zu vereinbaren.

Auch ist eine finanzielle Kompensation der zusätzlichen Kosten wegen der Änderung des Betreuungsrechts, hier zusätzliche Stellen für die Vormundschaftsbetreuungen, und dem Waffen- und Sprengstoffwesen, hier zusätzliche Vor-Ort Kontrollen, noch offen.



### Entwurf des Haushaltsplans 2012 der Kreisverwaltung Alzey-Worms

In der Haushaltssatzung werden für das **Haushaltsjahr 2012** folgende Festsetzungen getroffen:

#### **Ergebnishaushalt:**

Gesamtbetrag der Erträge	auf	126.702.679 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	auf	<u>136.790.486 €</u>
<b>der Jahresfehlbetrag</b>	<b>auf</b>	<b>-10.087.807 €</b>

#### **Finanzhaushalt:**

die ordentlichen Einzahlungen	auf	122.101.126 €
die ordentlichen Auszahlungen	auf	<u>128.389.765 €</u>
<b>der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>auf</b>	<b>-6.288.639 €</b>

die außerordentlichen Einzahlungen	auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen	auf	<u>90.000 €</u>
<b>der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen</b>	<b>auf</b>	<b>-90.000 €</b>

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	1.924.450 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	<u>6.847.650 €</u>
<b>der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>auf</b>	<b>-4.923.200 €</b>

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	14.107.789 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	<u>2.895.950 €</u>
<b>der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf</b>		<b>11.211.839 €</b>

Das Defizit des Ergebnishaushaltes vermindert sich damit gegenüber dem Haushaltsplan 2011 um 2.508.032 €

Das Defizit im Finanzhaushalt vermindert sich um 4.564.397 €



Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, die zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich sind, ist festgesetzt

zinslose Kredite	auf	0 €
verzinsliche Kredite (*)	auf	5.089.200 €

(\*) Hierin sind 166.000 € zur Umschuldung der zinslosen Vorfinanzierung des Landes für den Eigenanteil des Landkreises für Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II enthalten.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die in künftigen Jahren zu Auszahlungen für Investitionen und von Investitionsfördermaßnahmen führen können, ist festgesetzt auf:	1.210.000 €
Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf	1.210.000 €

Der Hebesatz für die Kreisumlage ist in gleicher Höhe vorgesehen wie 2011. Er beträgt 41,2 v. H. der Umlagegrundlagen.

Das Umlagesoll aus der Kreisumlage beträgt:	
- für das laufende Haushaltsjahr	41.691.769 €
- für das vorangegangene Haushaltsjahr	38.533.691 €

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die aufgrund der Defizite der letzten Jahre und des in 2012 zu erwarteten Fehlbetrages erforderlich werden, wird für das Haushaltsjahr 2012 auf	99.000.000 €
festgesetzt und damit gegenüber dem Haushaltsjahr 2011 um 14 Mio. € erhöht.	



Die Ansätze für das Planjahr 2012 weisen im Vergleich zum Haushaltsplan 2011 folgende Änderungen auf:

<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>Mehr / Weniger</b>	<b>In %</b>
Erträge	119.738.184	126.702.679	6.964.495	5,82
Aufwendungen	132.334.023	136.790.486	4.456.463	3,37
Fehlbetrag	-12.595.839	-10.087.807	-2.508.032	-19,91
<b>Finanzhaushalt</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>Mehr / Weniger</b>	<b>In %</b>
Ordentliche Einzahlungen	115.684.624	122.101.126	6.416.502	5,55
Ordentliche Auszahlungen	123.685.847	128.389.765	4.703.918	3,80
Fehlbetrag	-8.001.223	-6.288.639	-1.712.584	-21,40
			0	
Einzahlungen aus Investitionen	4.763.350	1.924.450	-2.838.900	-59,60
Auszahlungen aus Investitionen	12.418.363	6.847.650	-5.570.713	-44,86
Saldo Investitionen	-7.655.013	-4.923.200	-2.731.813	-35,69
			0	
Einzahlungen aus Finanzierungen	18.265.136	14.107.789	-4.157.347	-22,76
Auszahlungen aus Finanzierungen	2.398.900	2.895.950	497.050	20,72
Saldo Finanzierungen	15.866.236	11.211.839	-4.654.397	-29,34
Summe Einzahlungen	138.713.110	138.133.365	-579.745	-0,42
Summe Auszahlungen	138.713.110	138.133.365	-579.745	-0,42

Ergebnishaushalt

Saldo der Teilhaushalte 2012, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2011

Teil- haus- halt	Ansätze 2012 vor internen Verrechnungen		Ordentliches Ergebnis 2012	Ordentliches Ergebnis 2011	Vergleich 2011/2012 mehr/- weniger
	Erträge	Aufwendungen			
10	358.789	1.584.287	-1.225.498	-1.205.565	19.933
11	42.445	1.759.053	-1.716.608	-1.649.627	66.981
12	379.687	1.105.019	-725.332	-658.295	67.037
13	81.804	782.328	-699.024	-668.088	30.936
15	24.856	353.274	-328.418	-311.195	17.223
20	95.430	642.699	-547.269	-395.237	152.032
21	2.061.800	12.437.659	-10.375.859	-9.381.774	994.085
22	3.593.221	4.990.876	-1.397.655	-1.114.048	283.607
23	984.662	221.505	763.157	586.758	-176.399
30	123.359	1.067.734	-944.375	-811.594	132.781
31	97.377	459.454	-362.077	-345.981	16.096
32	1.481.565	857.209	624.356	485.489	-138.867
40 (*)	18.022.831	34.406.962	-16.384.131	-17.230.599	-846.468
41 (*)	9.880.415	17.092.656	-7.212.241	-7.336.470	-124.229
50	15.671.435	39.163.301	-23.491.866	-20.238.707	3.253.159
51	1.415.680	2.039.517	-623.837	-639.771	-15.934
60	2.865.881	4.507.443	-1.641.562	-1.626.489	15.073
61	102.030	1.420.697	-1.318.667	-1.139.139	179.528
62	427.148	759.831	-332.683	-688.660	-355.977
70	380.930	1.201.112	-820.182	-886.510	-66.328
71	2.349.135	1.712.742	636.393	583.694	-52.699
72	238	298.306	-298.068	-263.363	34.705
80	12.677	41.015	-28.338	-34.266	-5.928
90	1.285.302	1.959.207	-673.905	-625.164	48.741
99	64.502.482	594.000	59.125.882	53.208.762	-5.917.120
	<b>126.241.179</b>	<b>131.457.886</b>	<b>-9.997.807</b>	<b>-12.385.839</b>	<b>-2.388.032</b>

(\*) Ab dem Haushaltsjahr 2012 wird das Produkt 3122 „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ dem Teilhaushalt 41 zugeordnet; die Produkte 3120 „Hilfen für Asylbewerber“ und 3430 „Betreuungswesen“ dem Teilhaushalt 40. Die Vergleichsergebnisse 2011 sind im Haushalt und der Darstellung entsprechend angepasst.

Finanzhaushalt (ohne Investitionen)

Saldo der Teilhaushalte 2012, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2011

Teil- haus- halt	Ansätze 2012		ordentliches Ergebnis 2012	ordentliches Ergebnis 2011	Vergleich 2011/2012 mehr/- weniger
	Einzahlungen	Auszahlungen			
10	282.900	1.451.987	-1.169.087	-1.127.908	41.179
11	20.520	1.636.115	-1.615.595	-1.557.316	58.279
12	31.260	1.013.850	-982.590	-894.657	87.933
13	52.000	711.307	-657.807	-628.455	29.352
15	0	298.350	-298.350	-281.011	17.339
20	20.000	527.218	-507.218	-354.374	152.844
21	929.320	9.399.673	-8.470.353	-7.509.411	960.942
22	3.562.500	4.942.680	-1.380.180	-1.106.679	273.501
23	976.000	202.398	773.602	597.885	-175.717
30	63.600	693.150	-629.550	-513.812	115.738
31	69.500	392.318	-322.818	-305.507	17.311
32	1.453.000	823.453	629.547	492.600	-136.947
40 (*)	17.963.000	34.271.906	-16.308.906	-16.484.678	-175.772
41 (*)	9.866.300	16.875.032	-7.008.732	-7.133.383	-124.651
50	15.592.585	38.662.284	-23.069.699	-19.804.917	3.264.782
51	1.394.000	1.988.595	-594.595	-604.985	-10.390
60	1.214.100	2.082.495	-868.395	-743.738	124.657
61	44.010	1.206.873	-1.162.863	-1.009.492	153.371
62	227.600	492.973	-265.373	-621.438	-356.065
70	348.100	1.131.154	-783.054	-849.198	-66.144
71	2.280.550	1.601.235	679.315	626.341	-52.974
72	0	298.025	-298.025	-263.216	34.809
80	0	0	0	0	0
90	1.249.620	1.850.094	-600.474	-551.503	48.971
99	64.399.161	594.000	58.622.561	52.627.629	-5.994.932
	<b>122.039.626</b>	<b>123.147.165</b>	<b>-6.288.639</b>	<b>-8.001.223</b>	<b>-1.712.584</b>

(\*) Ab dem Haushaltsjahr 2012 wird das Produkt 3122 „Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ dem Teilhaushalt 41 zugeordnet; die Produkte 3120 „Hilfen für Asylbewerber“ und 3430 „Betreuungswesen“ dem Teilhaushalt 40. Die Vergleichsergebnisse 2011 sind im Haushalt und der Darstellung entsprechend angepasst.



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

### Kreisumlage, Zuweisungen

Die Kreisumlage wurde mit einem Umlagesatz von 41,2% veranschlagt.

Sie liegt in den Erträgen um voraussichtlich 3,16 Mio. € über dem Vorjahres-Ist-Wert und beträgt 41,69 Mio. €.

Die Umlagegrundlagen steigen um 7,66 Mio. € gegenüber der endgültigen Festsetzung des Jahres 2011. Bei den Steuerkraftmesszahlen ist eine Steigerung von 83,17 Mio. € auf 90,31 Mio. € zu verzeichnen, hierbei steigen insbesondere die Gewerbesteueranteile um 3,79 Mio. €. Die Einkommenssteueranteile inklusive der Ausgleichleistungen nach § 21 LFAG steigen um 3,07 Mio. € gegenüber 2011. Weiterhin steigen bei den Umlagegrundlagen die Anteile an der Schlüsselzuweisung A um 628 T. €. Die Schlüsselzuweisung B der kreisangehörigen Kommunen sinkt um 101 T. €. Ursächlich sind hier die bereitsberücksichtigten Konsequenzen aus dem Entwurf des Landesgesetzes zur Änderung finanzausgleichsrechtlicher Vorschriften.

Die Schlüsselzuweisung B2 des Landkreises sinkt voraussichtlich auf 13,76 Mio. €. Dies entspricht einer Abnahme um 325 T. €.

Die Investitionsschlüsselzuweisung steigt um 439 T. € auf 1,1 Mio. €. Dies ist allerdings hauptsächlich auf die „Umwidmung“ der Kostenbeteiligung des Landes an den Kosten der Unterkunft für SGB II Empfänger (ersparte Wohngelder) als künftige Erhöhung der Investitionsschlüsselzuweisung zurückzuführen. Die Investitionsschlüsselzuweisung wird, wie bereits in den Vorjahren, zum Ausgleich des Ergebnisplanes herangezogen.

### Vergleich der Umlagegrundlagen

Umlagegrundlagen	Plan 2011	Ist 2011	Plan 2012	Mehr / Weniger	In %
Grundsteuer A und B	13.601.599	13.601.151	13.771.048	169.897	1,25
Schlüsselzuweisungen	10.121.743	10.356.151	10.882.692	526.541	5,08
Gemeindeanteil Einkommenssteuer inkl. Ausgleichzahlungen	45.644.485	45.644.489	48.718.703	3.074.214	6,74
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	2.100.188	2.100.187	2.208.703	108.516	5,17
Gewerbesteuer	21.823.673	21.826.484	25.612.561	3.786.077	17,35
<b>Insgesamt</b>	<b>93.291.688</b>	<b>93.528.462</b>	<b>101.193.707</b>	<b>7.665.245</b>	<b>8,20</b>
Kreisumlage	38.436.140	38.533.691	41.691.769	3.158.078	8,20
Schlüsselzuweisung B1	3.388.419	3.388.419	3.392.685	4.266	0,13
Schlüsselzuweisung B2	13.695.000	14.081.748	13.756.881	-324.867	-2,31
Investitionsschlüsselzuweisung	614.580	659.318	1.098.762	439.444	66,65
<b>Summe</b>	<b>56.134.139</b>	<b>56.663.176</b>	<b>59.940.097</b>	<b>3.276.921</b>	<b>5,78</b>



Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die im Haushalt 2011 neu eingerichteten Stellen konnten zwar im Haushalt 2011 durch Einsparungen finanziert werden, schlagen nun aber im Haushalt 2012 mit rd. 190.000 € zu Buche. Insbesondere handelt es sich dabei um die Stellenerhöhung bei der EDV-Stelle, dem Allgemeinen Sozialdienst des Jugendamtes, der Kreisvolkshochschule und im Bereich Waffenrecht. Dem gegenüber stehen Einsparungen durch Ausscheiden von Mitarbeiter/innen, deren Stellen bereits mit Nachfolgern besetzt waren (Bsp. Ausscheiden nach Altersteilzeit) oder deren Stellen nicht mehr besetzt wurden.

Erneut hat die Unfallkasse ihren Beitrag um rund 7 % erhöht (rd. 9.000 €).

Eine Steigerung um rd. 300.000 € ist auf die Veranschlagung von prozentualen Entgelt- und Gehaltserhöhungen für 2012 zurückzuführen. Für die Beschäftigten wurde eine prozentuale Erhöhung der Entgelte um 2,6 % zugrunde gelegt. Für die Beamten ist eine Steigerung in Höhe von 1 % im Jahr 2012 eingerechnet (entsprechend Gesetzentwurf des Landes).

Kosten für die in 2012 neu geschaffenen Stellen bei der Vollstreckungsstelle, den Bibliotheken Osthofen und Alzey, in den Bereichen Amtsvormundschaften, Beistandschaften und Vollzeitpflege des Jugendamtes sowie im Bereich Tierschutz/Tierseuchenrecht durch die Übernahme der Zuständigkeit auf das Gebiet der Stadt Worms wurden nicht veranschlagt. Es ist beabsichtigt, diese Kosten durch eine weiterhin restriktive Stellenbewirtschaftung einzusparen.

Die fiktiven Kosten für die staatlichen Bediensteten wurden aufgrund Vorgaben der Arbeitsgruppe „Kommunale Doppik“ nach den jeweils geltenden Personalkostenverrechnungssätzen des Finanzministeriums ermittelt. Dadurch ergab sich eine Steigerung der bisher fiktiv ermittelten Kosten um rd. 68.600 €.

Erstmals veranschlagt wurde eine Aufwandsentschädigung für den nach dem Landesjagdgesetz zu wählenden Kreisjagdmeister, wobei die Kosten erstattet werden.

Da im Stellenplan des Jobcenters keine Einstellungen möglich sind, hat der Landkreis Alzey-Worms zusätzlich erforderliches Personal unter gleichzeitiger Zuweisung zum Jobcenter eingestellt, wobei die entstehenden Personalkosten von rd. 78.500 € in voller Höhe vom Jobcenter erstattet werden.

Die Personalkosten, die aus den im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in 2011 bei der Abteilung 4 neu geschaffenen Stellen resultieren, schlagen erstmals im Jahr 2012 zu Buche, wobei eine Erstattung in voller Höhe durch den Bund erfolgt (rd. 83.250 €).





## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

Die im Bereich Schulsozialarbeit neu geschaffenen Stellen, die zum einen vom Land und zum anderen vom Bund aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets (mit)finanziert werden, finden im Haushalt 2012 in den Personalkosten Berücksichtigung.

	<b>Ergebnishaushalt Aufwendungen</b>	<b>Finanzhaushalt Auszahlungen</b>
Ansatz 2011:	18.777.574	17.278.828
<b><u>Ansatz 2012 ohne neue Aufgaben:</u></b>	<b><u>19.044.960</u></b>	<b><u>17.553.377</u></b>
<b>Steigerung:</b>	<b>267.386</b>	<b>274.549</b>
Hinzu kommen Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. -auszahlungen, denen in gleicher Höhe folgende Erträge/Einzahlungen gegenüberstehen:		
Zusätzliche fiktive Veranschlagungen der staatlichen Bediensteten	68.605	68.605
Kreisjagdmeister	2.500	2.500
Zuweisung von zusätzlichem Personal an das Jobcenter Alzey-Worms	78.500	78.500
Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets	83.250	83.250
Zusätzlicher Unterricht von Lehrkräften der Kreismusikschule an Ganztagschulen	<u>4.000</u>	<u>4.000</u>
Zwischensumme:	19.281.815	17.790.232
Hinzu kommen Kosten der Schulsozialarbeit Die vom Land bzw. Bund gegenfinanziert Sind (inkl. Gemeinkosten)	259.430	259.430
<b><u>Ansatz 2012 insgesamt:</u></b>	<b><u>19.541.245</u></b>	<b><u>18.049.662</u></b>



Dem Ansatz 2012 ohne neue Aufgaben (s. o.) stehen folgende weitere Erträge / Einzahlungen gegenüber:

Ergebnis-HH	Finanz-HH	Zweck
269.700	0	Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen
34.300	0	Erträge aus der Auflösung von Beihilferückstellungen
451.359	0	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden
327.542	0	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit
130.800	130.800	Pauschale Erstattung der dem Landkreis nach der Kommunalisierung des Landrates entstehenden Personalkosten durch das Land
1.328.013	1.328.013	Pauschale Erstattung der dem Landkreis nach der Kommunalisierung des ehemals staatlichen Personals entstehenden Personalkosten durch das Land
30.260	30.260	Eigenanteile der Beihilfeberechtigten zur Sicherung der Erstattung der Kosten für Wahlleistungen bei Krankenhausaufenthalten
338.500	338.500	Fiktive Erträge und Einzahlungen, da auch fiktive Aufwendungen und Auszahlungen für die staatlichen Bediensteten veranschlagt sind
40.300	40.300	Erstattung der Bundesagentur für Arbeit im Zusammenhang mit der Wiederbesetzung der Stelle von Mitarbeiter/innen in Altersteilzeit
4.400	4.400	Lohnkostenzuschuss der Hauptfürsorgestelle im Zusammenhang mit der Beschäftigung eines schwerbehinderten Menschen
25.000	25.000	Erstattung der Personalkosten für die Durchführung der Schulbuchausleihe
32.600	32.600	Erstattung von 50 % der Personalkosten für die Bibliothek im Schulzentrum Wörrstadt durch die VG Wörrstadt
221.000	221.000	Erstattung der Personalkosten der Mitarbeiter/innen des Landkreises im Jobcenter Alzey-Worms durch das Jobcenter
15.000	15.000	Zuwendung des Landes zu den Personalkosten der Fachberatung im Bereich Kindertagesstätten
260.120	260.120	Zuwendungen des Bundes und des Landes für die Schulsozialarbeit im Landkreis
44.700	44.700	Erstattung der Personalkosten im Aufgabenbereich „Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit“ durch das Land
2.044.000	2.044.000	Pauschale Erstattung der dem Landkreis nach der Eingliederung des Gesundheitsamtes entstehenden Kosten (inkl. eines Anteiles an Sachkosten)
24.000	24.000	Erstattung der Personalkosten im Aufgabenbereich Psychiatriekoordination durch das Land
106.556	106.556	Erstattung des Landes aufgrund des Konnexitätsausführungsgesetzes im Zusammenhang mit dem Landesgesetz zur Ausführung



Ergebnis-HH	Finanz-HH	Zweck
		des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständerechts
44.450	44.450	Erstattung von 50 % der Personalkosten im Bereich Wirtschaftsförderung durch die übrigen Gesellschafter der Wirtschaftsförderungs-GmbH
262.500	262.500	Erstattung der auf den AWB entfallenden Aufwendungen aller interner Produkte durch den AWB (Personalkostenanteil geschätzt 75 %)
41.015	41.015	Erstattung der Aufwendungen für Pensions- und Beihilferückstellungen durch den AWB
144.570	144.570	Kostenerstattungen und Zuwendungen für Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule
<b>6.220.685</b>	<b>5.137.784</b>	<b>Summen</b>

Überdies enthalten selbstverständlich alle Gebühren (z. B. Gebühren des Veterinäramtes, der Kreismusikschule, der Kreisvolkshochschule etc.) Erstattungen für Personalaufwendungen.

Außerdem ist weiterhin mit einer Kompensation für die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Übertragung der Zuständigkeit für die Lebensmittelkontrolle in der Stadt Worms zu rechnen. Die Höhe ist noch immer nicht bekannt.



Teilhaushalt 20 - Kommunalaufsicht, Wahlen, Allg. Rechtsangelegenheiten

Im Teilhaushalt 20 sind die Kosten der Landratswahl 2012 mit 40 T. € veranschlagt.

Außerdem sind für die Restabwicklung des Zensus 2011 noch 66 T. € Personalaufwendungen erforderlich, deren Deckung durch die bereits im Jahr 2011 veranschlagte Erstattung des Landes erfolgt.

Zusammen mit weiteren kleineren Änderungen in Erträgen und Aufwendungen erhöht sich der Zuschussbedarf des Teilhaushalts damit um 152 T. €.

Teilhaushalt 22 – Öffentl. Personennahverkehr, Schülerbeförderung

Im Jahr 2012 wird die Kostenerstattung der Elternbeiträge für die Schülerbeförderung wegen des Verfassungsgerichtsurteils vom 29.11.2010 neu geregelt.

Ab dem Schuljahr 2012/2013 müssen sich nach dem Gesetzentwurf Eltern von Fünft- bis Zehntklässlern in Rheinland-Pfalz nicht mehr an den Kosten für die Schülerbeförderung beteiligen.

Nach dem im Gesetzentwurf enthaltenen Mehrbelastungsausgleich nach § 3 Konnexitätsausführungsgesetz verbleiben beim Landkreis im Jahr 2012 ungedeckte Kosten in Höhe von 246 T. €, die künftig weder durch Elternanteile, noch durch Kostenersätze des Landes ausgeglichen werden.

Der Zuschussbedarf des Teilhaushalts erhöht sich deshalb auf 1,4 Mio. €.

Teilhaushalt 23 – Zentrale Bußgeldstelle

Die Erträge im Teilhaushalt 23 wurden um 153 T. € erhöht; dies insbesondere wegen erwarteter höherer Erträge aus Bußgeldern, +120 T. € und Verwaltungsgebühren, +32 T. €

Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Übergang der Zuständigkeit für die Bußgeldverfahren im fließenden Verkehr auf das Land und damit der Wegfall der Erträge aus den Bußgeldern zum 01.01.2013 erfolgt, wenn eine Vereinbarung über die finanzielle Ausgleichsregelung getroffen ist.



Teilhaushalte 40, 41 – Sozialamt

Der Saldo der Erträge und Aufwendungen der Teilhaushalte 40 und 41 verbessert sich insgesamt um 971 T. € gegenüber dem Haushalt 2011. Der Fehlbetrag beider Teilhaushalte beträgt 23,6 Mio. €.

Bei der Darstellung beider Teilhaushalte ist zu beachten, dass das Produkt 3122 SGB II, bisher Teilhaushalt 40, ab dem Haushaltsjahr 2012 dem Teilhaushalt 41 zugeordnet wird.

Die Produkte 3120 „Hilfen für Asylbewerber“ und 3430 Betreuungswesen“ sind ab 2012 dem Teilhaushalt 40 zugeordnet. Die Rechnungsergebnisse 2010 und Haushaltsansätze 2011 sind im Haushalt aus Vergleichsgründen auch entsprechend angepasst.

Gegenüber dem Haushaltsplan des Jahres 2011 ergibt sich bei den sozialen Leistungen eine Verbesserung von 1,1 Mio. €. Ohne die zum 01.01.2012 vorgesehene Erhöhung der Regelsätze hätte die Verbesserung 1,4 Mio. € betragen.

Ursächlich für die Mehreinnahmen sind insbesondere die schrittweise Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund. Im Jahr 2012 betragen die zusätzlichen Erträge 688 T. €; außerdem die Erhöhung des Bundeszuschusses nach § 46 SGB II an den Ausgaben für Unterkunft und Heizung auf 36,4%. Hier ergeben sich Mehreinnahmen von rd. 400 T. €.

Die erwarteten Einnahmen aus der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Höhe von 650 T. € wurden in gleicher Höhe bei den Ausgaben veranschlagt.

Die Zuweisung für die Verwaltungskosten des Bildungs- und Teilhabepaketes in Höhe von 141 T. € ist in der Einnahme ebenfalls veranschlagt

Die Zuweisung des Bundes für zusätzliche Schulsozialarbeit bis zum Jahr 2013 in Höhe von 313 T. € wird im Teilhaushalt 50 nachgewiesen.



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

Erläuterung der Änderungen der Ansätze der Produkte und Leistungen in Einzeldarstellung:

### Leistung 31111 – Hilfe zum Lebensunterhalt

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
537.000	545.000	1.370.000	1.320.000

Mehrausgaben entstehen durch veränderte Fallzahlen und die Berücksichtigung der vorgesehenen Erhöhung der Regelsätze nach der Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2012.

### Leistung 31112 – Einmalige Leistungen für Bildung und Teilhabe (SGB XII)

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
0	0	5.000	5.000

Zusätzlich erwartete Ausgaben für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes.

### Leistung 31113 – Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
0	0	65.000	45.000

Angenommene Zunahme der Fälle (Hilfeempfänger zum Stichtag 30.06.2010 = 21, 30.06.2011 = 36).

### Produkt 3112 – Grundsicherung nach dem SGB XII

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
3.089.000	1.755.000	4.875.000	4.425.000

Wesentliche Mehreinnahmen ergeben sich durch die schrittweise Übernahme der Ausgaben durch den Bund.

Mehrausgaben entstehen durch veränderte Fallzahlen und die Berücksichtigung der vorgesehenen Erhöhung der Regelsätze nach der Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2012.

Leistung 31151 – Hilfe nach Maß

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
1.272.000	1.047.000	2.515.000	2.065.000

Mehreinnahmen ergeben sich bei den Erstattungen des Landes als Folge der Mehrausgaben die durch veränderte Fallzahlen entstanden sind.

Anzahl der Hilfeempfänger bei den Ausgaben für das persönliche Budget und für die Werkstätten für behinderte Menschen zum Stichtag 30.06.2010 = 136, zum 30.06.2011 = 164.

Leistung 31154 – Leist. zur Teilhabe am Arbeitsleben und Werkstätten für behinderte Menschen

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
3.020.000	3.132.000	5.970.000	6.150.000

Die Wenigereinnahmen korrespondieren mit den Wenigerausgaben.

Leistung 31157 – Stationäre Hilfen, Eingliederungshilfe

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
5.210.000	5.260.000	9.000.000	9.125.000

Die Wenigereinnahmen korrespondieren mit den Wenigerausgaben.

Leistung 31171 – Leistungen zur Gesundheit

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
10.000	10.000	400.000	490.000

Die Aufwendungen wurden nach der sich derzeit abzeichnenden Entwicklung veranschlagt. Es werden Wenigerausgaben von 90.000 € erwartet.

Leistung 31172 – Hilfen in anderen Lebenslagen

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
1.013.000	917.000	1.281.000	1.206.000

Es ergeben sich voraussichtlich Mehraufwendungen für Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt. Diese Ausgaben werden zu 100 % vom Land erstattet.

Produkt 3130 – Leistungen für Asylbewerber

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
346.000	406.000	720.000	740.000

Die Einnahmen und Ausgaben wurden nach der sich derzeit abzeichnenden Entwicklung veranschlagt. Anzahl der Hilfeempfänger (Stichtag 30.06.2010 = 68, 30.06.2011 = 92).

**Teilhaushalt 41**Leistung 31222 – Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Einnahmen		Ausgaben	
2012	2011	2012	2011
6.211.000	6.107.000	12.060.000	12.100.000

Die Leistung beinhaltet die Kosten der Unterkunft und Heizung, Warmwasserversorgung und einmalige Leistungen. Leistungen des Bundes, des Landes und die Beteiligung der Städte und Verbandsgemeinden.

Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Juni 2010 = 2.942 und im Juni 2011 = 2.736.

Leistung 31222 – Leistungen für Bildung und Teilhabe (SGB II) undLeistung 35201 – Leistungen für Bildung und Teilhabe (BKKG)

Die erwarteten Einnahmen aus der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Höhe von rd. 650.000 € wurden in gleicher Höhe bei den Ausgaben der Leistung 31222 – Leistungen für Bildung und Teilhabe (SGB II) 260.000 € und bei der Leistung 35201 - Leistungen für Bildung und Teilhabe (BKKG) mit 391.000 € veranschlagt.





## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

Die Zuweisung für Verwaltungskosten - Bildung und Teilhabe (141.000 €) ist in der Einnahme ebenfalls bei der Leistung 31222 veranschlagt. Die Zuweisung für zusätzliche Schulsozialarbeit (313.000 €) wird im entsprechenden Teilhaushalt der Abteilung 5 nachgewiesen.

### Produkt 3511 – Leistungen nach dem Wohngeldgesetz

<b>Einnahmen</b>		<b>Ausgaben</b>	
<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
1.850.000	1.800.000	1.850.000	1.800.000

Die Ausgaben werden zu 100% erstattet. Die Ansätze wurden an die sich der sich derzeit abzeichnende Entwicklung angepasst.

### Leistung 35141 – Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

<b>Einnahmen</b>		<b>Ausgaben</b>	
<b>2012</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
0	0	0	3.000

Mit dem Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform wurde die Zuständigkeit nach dem Unterhaltssicherungsgesetz ab dem 01.01.2011 auf die Kreisverwaltung Mainz-Bingen übertragen.



Teilhaushalte 50, 51 – Jugendamt

Der Saldo der Erträge und Aufwendungen des Teilhaushalts 50 verschlechtert sich insgesamt um 3,25 Mio. €; der des Teilhaushalts 51 verbessert sich um 16 T. €.

Ursächlich ist insbesondere der sinkende Anteil des Landes an den Personalkosten in den Kindertagesstätten.

Der Ausgleich der nicht durch Elternbeiträge und Eigenleistung der Träger gedeckten Personalkosten für Kindergärten und Kinderhorte muss durch den Landkreis erfolgen, da durch die Quotierung der Personalkostenerstattung des Landes ein immer höherer Fehlbetrag zur Finanzierung durch den Landkreis verbleibt. Die Vorgabe der Restbetragsfinanzierung durch den örtlich zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 12 Abs. 5 KitaG erhöht den Kreisanteil.

Über den Landkreistag Rheinland-Pfalz wurde bereits angeregt Nachbesserungen vom Land in der Finanzierung für den Zeitraum 2009 bis 2012 durch Anpassungen in Höhe von ca. 1.5 Mio. € vorzunehmen.

Diese - erwarteten - Erträge sind wegen der offenen Verhandlungen nicht im Haushalt dargestellt.

Durch den Ausbau an Angeboten für Kinder unter 3 Jahren sind Investitionen des Landkreises im Jahr 2012 von 288 T. € notwendig. Diese sind beiden Investitionen gesondert dargestellt.

Außerdem steigt der Zuschussbedarf bei den Produkten:

3631 „Schulsozialarbeit“ um 62 T. €,

3633 „Hilfe zur Erziehung“ um 229 T. € und

3635 „Inobhutnahmen und Eingliederungshilfe“ um 145 T. €.



Erläuterung der Änderungen der Ansätze der Produkte und Leistungen in Einzeldarstellung:

Leistung 36102 - Zuschüsse für Tagespflegestellen

Durch die Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist bei den Eltern ein Kostenbeitrag zu den Kosten der Tagespflege zu erheben. Bis 2006 wurden die Kosten als Zuschuss nach Abzug eines Eigenanteils ausgezahlt.

Die Kosten der Tagespflege umfassen die Aufwendungen zur Unfallversicherung und einer angemessenen Alterssicherung für die Tagespflegepersonen.

Kalkulation 2012 = 500.000,-- € = 160 Kinder à 260,- € monatlich

(Kalkulation 2011= 500.000,-- € = 170 Kinder à 245,- € monatlich)

Zur Deckung der Mehrkosten, die durch das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder“ bei der Betreuung der 2-Jährigen entstehen, zahlt das Land einen Betreuungsbonus für Tagespflegekinder, wenn am 31.12. des Jahres mindestens 10 % der 2-jährigen Kinder, die im Landkreis gemeldet sind, in Kindertagesstätten betreut werden (erstmalig zum Stichtag 31.12.2006). Der Bonus für die Tagespflegekinder wird auf Basis der Bruttoausgaben und der Höhe der Geldleistungen für eine 35-40-stündige Betreuungsleistung berechnet und 1/10 davon den 2-Jährigen zugerechnet (Normierungsverfahren)

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	104.000	133.129	108.000	138.000
Aufwendungen	550.000	444.056	500.000	500.000
Zu-/Überschuss	-446.000	-310.927	-392.000	-362.000

(ohne Personalkosten)



Leistung 36103 - Vermittlung von Betreuungsstellen

Aufgrund eines vom Land vorgegebenen Konzeptes umfasst die Qualifikation für Personen der Tagespflege die Grundqualifikation mit 80 Stunden und die Aufbauqualifikation ebenfalls mit 80 Stunden. Seit 01.01.2006 bezuschusst das Land im Rahmen des Landesprogramms „Zukunftschance Kinder“ die Qualifikationsmaßnahmen für Tagespflegepersonen.

Ausbauprogramm Kindertagespflege

Im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 des Landes Rheinland-Pfalz erhielten die Jugendämter Zuwendungen zur Verbesserung der Ausstattung der Kindertagespflege. Der Landkreis Alzey-Worms erhielt insgesamt 48.104,87 €. Hiervon wurden Ausstattungsgegenstände wie Laufräder, Hochstühle, Wickelkommoden, Kinderwagen, Spielmaterialien u.ä. angeschafft, die an die Tagespflegepersonen verliehen werden. Dies ist an die Servicestelle Kindertagespflege angegliedert, die im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege im Mehrgenerationenhaus/Haus der Familie eingerichtet wurde. Bei der Fortführung der Servicestelle Kindertagespflege sind Instandhaltungs- und Reparaturkosten für das Verleihmaterial mit einkalkuliert.

Aktionsprogramm Kindertagespflege

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege für ausgewählte Standorte Mittel aus dem Europäischen Sozialfond bereit, um die Akquise, Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonen sowie den Auf- und Ausbau unterstützender Strukturen zu fördern. Das Jugendamt hat sich erfolgreich darum beworben. Die Umsetzung in Form einer „Servicestelle Kindertagespflege“ erfolgt in Kooperation mit dem Mehrgenerationenhaus.

Für die Projektlaufzeit 01.09.2009-31.08.2012 werden bei einem Gesamtprojektvolumen von 170.451,87 € 60% durch das Bundesministerium gefördert, das heißt mit 100.000,- €. Die Restfinanzierung erfolgt über das Ausbauprogramm des Landes, anteilige Personalressourcen des Jugendamtes sowie Teilnehmerbeiträge.

Da das Projekt in 2012 nur acht Monate läuft, sind die Einnahmen entsprechend niedriger anzusetzen. Dies kann in den Ausgaben kompensiert werden. Ab 2013 fallen die Fördermittel weg; eine Fortführung der Servicestelle ist bei jährlichen Ausgaben von rund 36.000,- € für Miete, Personal und Material vorgesehen.



Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
Erträge	90.000	46.734	60.000	38.000
Aufwendungen	93.700	68.827	63.700	38.000
Zu-/Überschuss	-3.700	22.093	-3.700	0,-

### Leistung 36312 - Schulsozialarbeit

Die Ausbauplanung im Bereich der Schulsozialarbeit an Allgemeinbildenden weiterführenden Schulen im Landkreis Alzey-Worms wurde mit Beschluss des Kreisausschusses vom 03.05.2011 abgeschlossen. Entsprechend der Planungen sind insgesamt 9 Stellen zur Abdeckung der Bedarfe an diesen Schulen (ohne Förderschulen und Gymnasien) eingerichtet.

Bisher wurde die Schulsozialarbeit ausschließlich durch das Land gefördert. Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Bildungs- und Teilhabepaket werden seit 01.01.2011 zudem Mittel des Bundes auf 3 Jahre zur Verfügung gestellt. Demzufolge sind im Wesentlichen 2 unterschiedliche Finanzierungskonzepte umzusetzen:

Von den insgesamt 9 Stellen für die Schulsozialarbeit an weiterführenden Allgemeinbildenden Schulen sind 6,75 Stellen landesgefördert. Bei 30.600,-- € pro Vollzeitstellen-Äquivalent Landesförderung betragen die Erträge insgesamt 206.550,-- €. Dem gegenüber stehen Gesamtausgaben für Personal- und Projektkosten von insgesamt 361.900,-- € zur Verfügung. 155.350,-- € gehen zu Lasten des Landkreises, bzw. können nach derzeitigem Stand aus Bundesmitteln gegenfinanziert werden.

2,25 Stellen für Schulsozialarbeit an weiterführenden Allgemeinbildenden Schulen im Landkreis werden komplett aus Bundesmitteln finanziert.

Neben reinen Personal- und Projektkosten in Höhe von 109.300,-- € können hierbei auch Kosten des Arbeitsplatzes (Sachkosten und Gemeinkosten) in Höhe von ca. 54.000,-- € im Rahmen interner Verrechnung abgerechnet werden.

Da von Seiten des Bundes die Verwendung der Haushaltsmittel erst zum Förderende erwartet wird, werden nicht verbrauchte Mittel jeweils in das nächste Haushaltjahr übertragen.

Nach aktuellen Berechnungen stehen für insgesamt 3 Jahre ab dem 01.01.2011 insgesamt 939.000,-- € Bundesmittel zur Verfügung. Ca. 398.000,-- € sind durch die Ausbauplanung im Bereich der weiterführenden Allgemeinbildenden Schulen bis 31.12.2013 gebunden.



**Vorbericht zum Haushaltsplan 2012**

---

Nach den ursprünglichen Planungen sollten ab 01.01.2012, befristet bis 31.12.2013, insgesamt 3,5 weitere Stellen für den Grundschulbereich neu eingerichtet werden.

Nachdem der Bund mitteilte, dass die Mittel auch für die ungedeckten Kosten der landesgeförderten Schulsozialarbeiterstellen verwendet werden können, wurde der Ausbau im Grundschulbereich gestoppt. Lediglich eine halbe Stelle wird neu als Leitung- bzw. Koordinationsstelle geschaffen.

Nicht alle Ausgaben sind im Ansatz dargestellt da bereits 2011 Mittel zur Verfügung stehen die Ausgaben aber auf die Jahre 2012 und 2013 entfallen. Nicht verbrauchte Mittel werden übertragen. Dabei dürfen die Ausgaben für die Jahre 2011 -2012 insgesamt die zur Verfügung stehenden Bundesmittel nicht übersteigen.

Die Erträge resultieren aus Mitteln des Bundes und der Festbetragsfinanzierung des Landes.

Die Aufwendungen für die Schulsozialarbeit umfassen Personalkosten und Projektkosten in Form von sozialer Gruppenarbeit sowie Kosten der Erstausrüstung (EDV und Möblierung) Zudem sind in der Leistung auch sozialpädagogische Maßnahmen in Form von Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung, insbesondere für Nachhilfe von Kindern aus betreuten Familien sowie die Projektförderung Aufsuchende Sozialarbeit mit jungen Aussiedlern berücksichtigt.

Kalkulation (Landesförderung):

1. Sozialpädagogische Maßnahmen - Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung (insbesondere für Nachhilfe von Kindern aus betreuten Familien)	1.840,00 €
2. Projektförderung Aufsuchende Sozialarbeit mit jungen Aussiedlern	7.160,00 €
3. Schulsozialarbeit (Landesförderung) - Projektkosten	<u>33.750,00 €</u>
	<b>41.650,00 €</b>

Die Personalkosten der Schulsozialarbeit (Landesförderung) betragen **328.150,00 €**

Kalkulation Gesamt 2012 (Bundesförderung):

1. Personalkosten (2,75 Stellen)- interne Verrechnung	132.275,00 €
2. Ausstattungskosten	5.000,00 €
3. Projektkosten	10.000,00 €
4. Sachkosten (interne Verrechnung)	26.500,00 €
5. Gemeinkosten ( interne Verrechnung)	<u>26.500,00 €</u>
	<b>200.275,00 €</b>



Übersicht Schulsozialarbeit		Stellenanteile		
Schulstandort	Schulform	Land	Bund	Gesamt
Alzey	Gustav-Heinemann-Realschule plus	1,00	0,50	1,50
Alzey				
Osthofen	IGS und Realschule plus	0,75	0,25	1,00
Osthofen				
Standort Flornborn	Realschule plus (Integrativ)	0,50		0,50
Standort Flörsheim - Dalsheim		0,50		0,50
Flonheim	Realschule plus	0,50		0,50
Eich	Realschule plus	0,50		0,50
Gau Odernheim	Realschule plus	0,50		0,50
Westhofen	Realschule plus	0,50		0,50
Wöllstein	Realschule plus	0,50		0,50
Wörrstadt	Erich-Kästner-Realschule plus	0,50		0,50
Wörrstadt	Rheingrafen-Realschule plus	0,50	0,50	1,00
Wörrstadt	IGS	0,50	1,00	1,50
Kreis Alzey-Worms	Leitung und Koordination	0,00	0,50	0,50
<b>Gesamt</b>		<b>6,75</b>	<b>2,75</b>	<b>9,50</b>

## Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
Erträge	168.300	168.300	183.600	519.550
Aufwendungen	36.500	34.348	40.500	222.350
Zu-/Überschuss	131.800	133.952	143.100	297.200

(ohne Personalkosten)


Leistung 36313 - Kinder- und Jugendschutz

Die Leistung umfasst die Herstellung des Jugendkalenders (Auflage ca. 8.000 Exemplare) sowie die Finanzierung von Jugendschutzbroschüren, Elternbriefen und Bezuschussung einzelner Projekte. Erträge ergeben sich aus Einnahmen von Inseraten im Jugendkalender.

Um sicherzustellen, dass kostenrelevante Projekte/Kampagnen im Rahmen des Aktionsplanes „Gesellschaftliche Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Landkreis Alzey-Worms“ durchgeführt werden können, wurden zusätzliche Mittel in Höhe von 20.000,-- € im Haushalt 2012 zur Verfügung gestellt

.Über die Vergabe der Mittel entscheidet der Jugendhilfeausschuss im Einzelnen.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	725	725	725	725
Aufwendungen	6.250	3.129	6.250	26.250
Zu-/Überschuss	-5.525	-2.404	-5.525	-25.525

(ohne Personalkosten)

Leistung 36324 -Unterbringung Mutter, Vater, Kind und Erfüllung der Schulpflicht

Die Leistung umfasst Erlöse und Aufwendungen für die Unterbringung von Müttern bzw. Vätern mit ihrem/n Kind/Kindern in einer Einrichtung gem. § 19 SGB VIII.

Kalkulation 2012 = 220.000,-- € = 72 Pflegemonate à ca. 3.040,-- €

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	3.000	2.208	3.000	3.000
Aufwendungen	200.000	219.498	200.000	220.000
Zu-/Überschuss	-197.000	-217.290	-197.000	-217.000

(ohne Personalkosten)



Leistung 36331 - Institutionelle Beratung

Die Leistung umfasst die Sucht- und Drogenberatung sowie die Erziehungsberatung.

Entsprechend einer Vereinbarung mit dem Verein „Jugend gegen Drogen“ werden durch den Landkreis die Personalkosten für die Alzeyer Beratungsstelle sowie die Miet- und Sachkosten abzüglich des Landeszuschusses (ca. 25 % zu den geplanten Personalausgaben) und einem Trägeranteil übernommen. Gefördert werden 2 Fachpersonalstellen.

Kalkulation:

Personalkosten	107.000,-- €
Miete und Sachkosten	<u>22.000,-- €</u>
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>129.000,-- €</b>

Die Aufwendungen für die Erziehungsberatung stellen sich wie folgt dar:

Erziehungsberatungsstelle Alzey des Diakonischen Werkes	245.000,-- €
Erziehungsberatungsstelle der Stadt Worms (Pauschale)	15.340,-- €
Ev. Erziehungsberatungsstelle Worms (Abrechnung nach Fällen)	<u>9.500,-- €</u>
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>269.840,-- €</b>

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	25.000	31.343	25.000	30.000
Aufwendungen	380.000	378.136	387.440	398.840
Zu-/Überschuss	-355.000	-346.793	-362.440	-368.840



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

### Leistung 36333 - Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshelfer

Kalkulation 2012 = 600.000,-- € = 60 Kinder/Jugendliche/Volljährige à 830,-- € mtl.

(Kalkulation 2011 = 750.000,-- € = 68 Kinder/Jugendliche/Volljährige à 935,-- € mtl.)

Der Landeszuschuss beträgt ca. 14 % der Ausgaben.

#### Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	127.500	124.511	112.500	84.000
Aufwendungen	850.000	680.307	750.000	600.000
Zu-/Überschuss	-722.500	-555.796	-637.500	-516.000

(ohne Personalkosten)

### Leistung 36334 - Sozialpädagogische Familienhilfe

Präventive und alternative familienorientierte Hilfeform im Vorfeld der Heimerziehung.

Seit 01.03.2001 wird die sozialpädagogische Familienhilfe von freien Trägern im Auftrag des Jugendamtes durchgeführt.

Kalkulation 2012 = 1.365.000,-- € = 1.500 Pflegemomente à ca. 910,-- €

(Kalkulation 2011 = 1.300.000,-- € = 1.380 Pflegemomente à ca. 950,-- €)

Der voraussichtliche Landeszuschuss beträgt ca. 14 % der Ausgaben.

#### Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	187.500	181.849	195.000	195.000
Aufwendungen	1.250.000	1.192.578	1.300.000	1.365.000
Zu-/Überschuss	-1.062.500	-1.010.729	-1.105.000	-1.170.000

(ohne Personalkosten)



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

### Leistung 36335 - Tagesgruppe

Hilfe zur Erziehung in Form eines teilstationären Gruppenangebotes in einer Einrichtung.

Darüber hinaus kann die Betreuung und Versorgung auch im Rahmen einer qualifizierten Tagespflegestelle (Tagespflege als Hilfe zur Erziehung) durchgeführt werden.

Die Erträge resultieren aus Kostenbeiträgen der Eltern sowie einem voraussichtlichen Landeszuschuss in Höhe von 14 % zu den Ausgaben abzüglich von fallbezogenen Erträgen.

Kalkulation:

1. Tagespflege als Hilfe zur Erziehung  
Kalkulation 2012 = zur Zeit keine Maßnahmen
2. Betreuung in einer Gruppe  
Kalkulation 2012 = 790.000,-- € = 33 Kinder (335 Pflegemonate) à 2.350,-- € monatlich  
(Kalkulation 2011 = 600.000,-- € = 22 Kinder (264 Pflegemonate) à 2.275,-- € monatlich).

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	91.500	88.445	97.650	119.600
Aufwendungen	550.000	638.249	600.000	790.000
Zu-/Überschuss	-458.500	-549.804	-502.350	-670.400

(ohne Personalkosten)

### Leistung 36336 - Vollzeitpflege

Folgende Fallkonstellationen liegen der Kalkulation zugrunde:

1. Pflegekinder aus dem eigenen Kreisgebiet, Pflegekinder auswärtiger Jugendämter (Ausgaben werden in voller Höhe erstattet) und Volljährige Pflegekinder (vorher Unterabschnitt 4561)  
Kalkulation 2012 = 860.000,-- € = ca. 97 Pflegekinder à 740,-- € mtl. incl. Krankenversicherung und Sonderleistungen.  
(Kalkulation 2011 = 760.000,-- € = ca. 88 Pflegekinder à 740,-- € mtl.)
2. Intensivpflege in Verbindung mit freien Trägern  
Kalkulation 2012 = 240.000,-- € = ca. 10 Pflegekinder à 2.370,-- € mtl.  
(Kalkulation 2011 = 240.000,-- € = ca. 8 Pflegekinder à 2.500,-- € mtl.)
3. Erstattungen an Jugendämter für Pflegekinder in Pflegefamilien außerhalb des Kreisgebietes.  
Kalkulation 2012 = 220.000,-- € = ca.25 Pflegekinder à 740,-- € mtl.  
(Kalkulation 2011 = 220.000,-- € = ca.25 Pflegekinder à 740,-- € mtl.)  
Unterschieden wird in Zahlungen an Kreise und Gemeinden



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

Die Erträge setzen sich aus dem voraussichtlichen Landeszuschuss in Höhe von ca. 14 % zu den geplanten Ausgaben nach Abzug fallbezogener Erträge, Kostenbeiträgen Unterhaltspflichtiger, Waisenrente etc. und Erstattungen anderer Jugendämter zusammen.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	540.000	745.522	769.500	835.000
Aufwendungen	1.420.000	1.319.030	1.220.000	1.320.000
Zu-/Überschuss	-880.000	-573.508	-450.500	-485.500

(ohne Personalkosten)

### Leistung 36337 - Heimerziehung

Kalkulation:

Heimerziehung für Kinder, Jugendliche und Volljährige

Kalkulation 2012 = 6.100.000,-- € = 1.390 Monate à 4.400,-- € incl. Krankenversicherung und Sonderleistungen.

(Kalkulation 2011 = 6.000.000,-- € = 1.430 Monate à 4.200,-- €).

Die Erträge in der Leistung resultieren aus dem Landeszuschuss in Höhe von ca. 14 % zu den geplanten Ausgaben nach Abzug maßnahmenbezogener Einnahmen sowie der Kostenbeiträge Unterhaltspflichtiger, Kindergeld, Waisenrente etc. und Erstattungen anderer Jugendämter im Rahmen von Zuständigkeitswechseln.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	1.450.000	1.380.951	1.565.000	1.589.100
Aufwendungen	5.200.000	5.801.965	6.000.000	6.100.000
Zu-/Überschuss	-3.750.000	-4.421.014	-4.435.000	-4.510.900

(ohne Personalkosten)



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

### Leistung 36352 - Ambulante Frühförderung

Die Leistung umfasst im Wesentlichen 3 Bereiche:

1. Einzelintegrationsmaßnahmen für Kinder in Kindertagesstätten und Schulen.  
**Steigende Fallzahlen** - 2012: 30 Fälle mit mtl. ca.1.400 € pro Fall.  
 (2011: 20 Fälle mit mtl. ca.1.700 €)
2. Maßnahmen für Kinder mit Teilleistungsstörungen (Legasthenie, Dyskalkulie)  
 2012: 30 Fälle a´ 150 € mtl.  
 (2011: 20 Fälle a´ 150 € mtl.)
3. Frühfördermaßnahmen für seelisch behinderte Kinder und Kinder  
 2012: 25 Fälle a´ 150 €.  
 (2011: 20 Fälle a´ 150 €)

Erträge resultieren aus dem Landeszuschuss von ca. 14 % zu den geplanten Ausgaben.

Kostenbeiträge Unterhaltspflichtiger werden nicht vereinnahmt.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
Erträge	67.500	60.567	75.000	85.000
Aufwendungen	460.000	472.575	500.000	550.000
Zu-/Überschuss	-392.500	-412.008	-425.000	-465.000

(ohne Personalkosten)

### Leistung 36354 - Stationäre Leistungen

Die Leistung umfasst die stationäre Unterbringung von seelisch behinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in Einrichtungen. Erträge resultieren aus Landeszuschüssen in Höhe von ca. 14 % zu den geplanten Ausgaben nach Abzug maßnahmenspezifischer Einnahmen und Kostenbeiträgen Unterhaltspflichtiger.

Kalkulation 2012 = 615.000,-- € = 135 Monate à 4.550,-- € incl. Krankenversicherung und Sonderleistungen.

(Kalkulation 2011 = 500.000,-- € = 120 Monate à 4.200,-- €).



Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
Erträge	80.000	98.952	115.000	125.000
Aufwendungen	400.000	838.251	500.000	615.000
Zu-/Überschuss	-320.000	-739.299	-385.000	-490.000

(ohne Personalkosten)

### Leistung 36503 - Kostenbeteiligung

Die Leistung umfasst erstens den Ausgleich der nicht durch Elternbeiträge und Eigenleistung der Träger gedeckten Personalkosten für Kindergärten und Kinderhorte:

Bei Kindergärten beteiligen sich die im Einzugsbereich der Kindertagesstätte liegenden Gemeinden mit 15% bzw. 12,5% der Gesamtpersonalkosten. Im Bereich der Kinderhorte und Krippen sind dies 5% - 10% der Gesamtpersonalkosten.

Die festzustellenden Personalkostensteigerungen sind auf Tariferhöhungen, Angebotserweiterungen und vermehrten Einsatz von Mehrpersonal (2006: 17 Stellen- 2011: 32 Stellen) zurückzuführen. Zudem sinkt der Anteil der Personalkosten, der durch Elternbeitrags-Einnahmen erwirtschaftet werden kann, da seitens des Landes seit Beginn der stufenweisen Einführung der Beitragsfreiheit für 2- bis ca. 6-Jährige keine Anpassung der zuletzt 2006 festgelegten Beitragshöhen stattgefunden hat. Die Vorgabe der Restbeitragsfinanzierung durch den örtlich zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 12 Abs. 5 KitaG erhöht damit den Kreisanteil.

Infolge Nachbesserungen durch das Land werden für den Zeitraum 2009 bis 2012 Anpassungen in Höhe von mindestens 1.500.000 € auf der Einnahmenseite erwartet (nicht im Haushalt dargestellt).

Zur Deckung der Mehrkosten, die durch das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder“ bei der Betreuung der 2-Jährigen entstehen, zahlt das Land zweitens einen Betreuungsbonus für in Kindertagesstätten betreute 2-Jährige, wenn in einer Gebietskörperschaft (Stadt/Verbandsgemeinde) am 31.12. des Jahres mindestens 10% der dort gemeldeten 2-Jährigen in Kindertagesstätten betreut werden (erstmalig zum Stichtag 31.12.2006). Das Jugendamt erhält in diesem Fall pro 2-jährigem betreuten Kind 385,- €; der Träger 315,- €.



Ab einer Betreuungsquote von mehr als 40% erhöht sich der Zuschuss.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	<b>Ansatz 2010</b>	<b>Ergebnis 2010</b>	<b>Ansatz 2011</b>	<b>Ansatz 2012</b>
Erträge	7.280.000	8.776.455	9.062.000	11.500.000
Aufwendungen	14.807.300	16.881.682	17.337.000	22.830.700
Zu-/Überschuss	-7.527.300	-8.105.227	-8.275.000	-11.330.700



#### Teilhaushalt 60 - Bauverwaltung

Im Ergebnisplan wurden Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 140 T. € für Abgänge bei Vollausbau von Kreisstraßen veranschlagt. In dieser Höhe bestehen in der Bilanz noch Restwerte der Anlagegüter, die auszubuchen sind.

#### Teilhaushalt 62 - Naturschutz, Wasserwirtschaft

Der Zuschussbedarf des Teilhaushalts vermindert sich um 364 T. €.

Allerdings wurden die Renaturierungsmaßnahmen an der Pfrimm in Monsheim und am Seebach in Westhofen, die im Haushalt 2011 als Aufwand veranschlagt waren, neu als investive Projekte mit einem Gesamtbetrag von 737 T. € veranschlagt.

#### Teilhaushalt 90 - Kulturzentrum

Im Finanzplan des Teilhaushalts wurden 400 T. € für die Verlustabdeckung durch teilweise Auflösung der Rücklagen der ehemaligen Stiftung für Weiterbildung und Kultur veranschlagt.

Das Vermögen der ehemaligen Stiftung für Weiterbildung und Kultur ist zum 01.04.2010 in das Eigentum des Landkreises zurückgefallen.

Entsprechend dem Ende der Anlagefestschreibung sollen die Rücklagen aufgelöst werden.

Damit entfällt auf das Jahr 2012 ein Betrag von 400 T. €; auf das Jahr 2013 ein Betrag von 245 T. €; und auf das Jahr 2014 ein Betrag von 153 T. €. Der Restbetrag soll in den Jahren 2016-2018, nach Ende der längerfristigen Anlagefestschreibungen, zur Verlustabdeckung verwandt werden.

#### Teilhaushalt 99 – Zentrale Finanzdienstleistungen

Im Teilhaushalt wurden erstmals 2,1 Mio. € Zuwendungen aus dem „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz“ zur Verminderung der Aufnahmen von Liquiditätskrediten veranschlagt.

Da der Finanzplan nach wie vor einen ungedeckten Fehlbetrag ausweist, ist, trotz der - beabsichtigten – Teilnahme am Entschuldungsfonds, eine Tilgung der aufgelaufenen Kassenkredite nicht möglich. Die zur Verfügung gestellten Mittel dienen deshalb der Verminderung des Anstiegs des künftigen Kassenkreditbestandes.





### Investitionen

Für Investitionen wurden im Haushaltsplan 2012 6,8 Mio. € (Vorjahr = 12,42 Mio. €) an Auszahlungen und 2,0 Mio. € (Vorjahr = 4,76 Mio. €) an Einzahlungen aus Investitionszuwendungen veranschlagt.

Die Investitionsschlüsselzuweisung in Höhe von voraussichtlich 1,1 Mio. € (Vorjahr = 659 T. €) wird, wie bereits in den Vorjahren, zum Ausgleich des Ergebnisplanes herangezogen.

Eine Neuveranschlagung ist für die Sanierungsmaßnahmen an der Pfrimm und dem Seebach erfolgt. Diese waren im Jahr 2011 als Aufwand veranschlagt. Die Ausführungsplanung der Maßnahmen qualifiziert sie jedoch als Investitionen.

Neue Investitionen, soweit als *eigenständige Projekte* veranschlagt (siehe Investitionsplan):

Maßnahme	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigung 2012
21-ELG-Men Errichtung eines Mensagebäudes bei dem ELG	1.000.000	
21-IGS-OBT1 Einrichtungsgegenstände – IGS Osthofen – ehemalige Goldbergsschule	346.000	
21-IGS-OBT1 Errichtung IGS Osthofen – ehemalige Goldbergsschule	610.000	
21-IGS-OBT4 Errichtung IGS Osthofen – Sport und Schwimmtrakt	1.340.000	
21-IGS-OBT5 Neueinrichtung und Ausstattung IGS Osthofen – Bauteil V	72.000	
21-GSAls Zuweisung an Verbandsgemeinde Eich für Erweiterung Grundschule Alsheim	75.000	10.000
30-ZuwMons – Investitionszuwendungen an die VG Monsheim (ELW 1)	55.000	
30-ZuwWe – Investitionszuwendungen an die VG Westhofen (TLF 20/40)	120.000	
30-DRKWör – Investitionszuwendung für die Errichtung einer neuen Rettungswache		1.200.000
30-Digital – Neueinführung Digitalfunk	50.000	
30-ELContA – Container Einsatzleitung	170.000	
50-KG-Wald – Investitionszuwendung an Waldorfverein Saulheim	145.000	
60-OFLW – Oberflächenentwässerung	60.000	
60-K16RWLü – Grunderwerb Radweg an der K16 Schimsheim-Rommersheim (Lückenschluss)	40.000	
60-K07Spie – Ausbau freie Strecke an der K7	300.000	
60-K16RWLü – Radweg an der K16 Schimsheim-Rommersheim (Lückenschluss)	155.000	



## Vorbericht zum Haushaltsplan 2012

Maßnahme	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigung 2012
60-K24Wahl – Ausbau der K24 – L401	210.000	
60-K30ODFr – Ausbau der Ortsdurchfahrt Framersheim	400.000	
60-K38Fret – Ausbau der freien Strecke Frettenheim	160.000	
62-GERW – Geländeerwerb Pfrimm und Seebach für Renaturierungsmaßnahmen*	50.000	
62-RePfri – Gewässerentwicklung Pfrimm Gemarkung Monsheim*	437.000	
62-ReSeeb – Gewässerentwicklung Seebach Gemarkung Westhofen*	250.000	
<b>Gesamt</b>	<b>6.045.000</b>	<b>1.210.000</b>

\* neu veranschlagt, war 2011 als Aufwand veranschlagt

Neue Investitionen, die wegen Unterschreitung der Wertgrenze (im Einzelfall) von 50.000 € nicht als eigenständige Projekte veranschlagt sind:

Maßnahme	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigung 2012
Technisches Gebäudemanagement – Ausbau Hausmeisterwohnung zur Kantine	40.000	
Technisches Gebäudemanagement – Ausbau Kantine zu Sitzungsraum	20.000	
Technisches Gebäudemanagement – Kehrmaschine/Rasenmäher für Kulturzentrum	2.000	
Technikunterstützte Informationsverarbeitung Betrieb Hardware	40.000	
Technikunterstützte Informationsverarbeitung Betrieb Software	36.400	
Sonstige zentrale Dienste Beschaffung / Logistik	16.400	
Sonstige zentrale Dienste Fuhrpark Ersatz Dienst-Kfz	28.000	
Sonstige zentrale Dienste Energieversorgung Elektrofahrzeug	9.500	
Sonstige zentrale Dienste Unterbringung Dienst-Kfz - Carport	45.500	
Verkehrssicherheit – Jugendverkehrsschule Erwerb einer Ampelanlage	1.000	
Gefahrenabwehr – Investitionszuschüsse als Nutzungsberechtigter (Leitstelle Mainz)	25.000	
Gefahrenabwehr – Betriebsausstattung im Rahmen der Neueinführung Digitalfunk	50.000	
Bereitstellung Realschule plus Am Alten Schloss Gau-Odernheim Erwerb von bewegl. Vermögen - Sondermittel	12.700	



Maßnahme	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigung 2012
Bereitstellung Realschule plus Am Alten Schloss Gau-Odernheim Erwerb einer Kehrmaschine	1.000	
Betrieb Realschule plus Am Alten Schloss Gau-Odernheim Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.500	
Bereitstellung Rheingrafen-Realschule plus Wörrstadt Erweiterung der Telefonanlage	4.500	
Bereitstellung Rheingrafen-Realschule plus Wörrstadt Erwerb von bewegl. Vermögen – Sondermittel	54.850	
Betrieb Rheingrafen-Realschule plus Wörrstadt Betriebs- und Geschäftsausstattung Musikinstrumente für Bläsergruppe	5.000	
Bereitstellung Gustav-Heinemann-Realschule plus Alzey Erwerb von bewegl. Vermögen – Sondermittel	7.000	
Betrieb Gustav-Heinemann-Realschule plus Alzey Betriebs- und Geschäftsausgaben	1.000	
Bereitstellung Gymnasium am Römerkastell Erwerb von bewegl. Vermögen	8.000	
Bereitstellung Gymnasium am Römerkastell Reinigungsautomat für Flure u. Grundreinigung	4.000	
Bereitstellung Elisabeth-Langgässer Gymnasium Betriebs- und Geschäftsausgaben-Sondermittel	7.000	
Bereitstellung Elisabeth-Langgässer Gymnasium Saugmaschine zur Reinigung	1.000	
Bereitstellung Ganztagschulgebäude Alzeyer Gymnasien Anschaffung eines Rasenmähers	1.300	
Bereitstellung IGS Osthofen Kehrmaschine	1.000	
Bereitstellung Schulzentrum Wörrstadt Betriebs- und Geschäftsausstattung – Sondermittel	35.200	
Bereitstellung Schulzentrum Wörrstadt Erweiterung vorhandener Rasentraktor	5.000	
Betrieb Schulzentrum Wörrstadt Erwerb von Lehr- und Lernmitteln	4.000	
Bereitstellung Förderschule Wonnegauschule Aufrüstung Telefonanlage	900	



Maßnahme	Ansatz 2012	Verpflichtungsermächtigung 2012
Bereitstellung Förderschule Wonnegauschule Anschaffung einer Kreissäge	1.000	
Bereitstellung Förderschule Volkerschule Erweiterung Telefonanlage	4.000	
Bereitstellung Förderschule Volkerschule Ersatzbeschaffung Spielgerät	15.000	
Bereitstellung Berufsbildende Schule Alzey Erwerb von bewegl. Vermögen	8.500	
Bereitstellung Berufsbildende Schule Alzey Erneuerung Vordach Haupteingang	30.000	
Betreuung der Schulen Investives Budget für EDV-Ausstattung aller Schulen	65.000	
Leihverkehr Ersatzbeschaffung Kreismedienzentrum	5.000	
Schulmanagement Kauf von Musikinstrumenten	7.000	
Radweg Wendelsheim - Eckelsheim Grunderwerb	46.000	
Kurse Kauf von Lizenzen	4.000	
Kurse Betriebsausstattung	4.000	
Kostenbeteiligung Kita Investitionszuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ortsgemeinde Wörrstadt (Pfarrstr.)</li> <li>• Ortsgemeinde Saulheim (Unterg.)</li> <li>• Ortsgemeinde Saulheim (Jahnstr.)</li> </ul>	68.000	
Kostenbeteiligung Kita Investitionszuwendungen an den sonstigen privaten Bereich <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ev. Kirchgemeinde Westhofen</li> <li>• Juwi Holding AG, Wörrstadt</li> <li>• Ev. Kirchengemeinde Schornsheim</li> </ul>	75.400	
<b>Gesamt</b>	<b>802.650</b>	



### Abschreibungen

Die Abschreibungen sinken voraussichtlich um 276 T. €.

Gründe hierfür sind sowohl die Straßenabstufungen im Haushaltsjahr 2011 (K 31 Bechtolsheim sowie K 44 Hangen-Wahlheim) und die Problematik, dass viele Teilstücke der Kreisstraßen als fiktives Anschaffungsdatum das Jahr 1977 haben. Dies bedeutet, dass die Abschreibungsdauer 35 Jahre bis 12/2011 läuft. In der Folge fällt für das Jahr 2012 keine Abschreibung mehr an.

Als fiktive Herstellungsjahre wurden bei der Erstbewertung durch den LBM für die Eröffnungsbilanz nur bestimmte Jahre ausgewählt (1977, 1981, 1990, 1998 und 2006), so dass es zwangsläufig ist, dass es danach immer zur Verminderung der regulären Abschreibungsbeträge kommt.

### Ertrag Abfallwirtschaftsbetrieb

Die jährliche Veränderung des Eigenkapitals des Abfallwirtschaftsbetriebs ist ergebniswirksam in der Bilanz der Kreisverwaltung darzustellen.

Der voraussichtliche Überschuss des Abfallwirtschaftsbetriebs im Erfolgsplan 2012 ist deshalb mit 400 T. € unter Pos. 21 des Ergebnisplanes des Landkreises veranschlagt (nur ergebnis-, nicht finanzwirksam) und vermindert damit den Jahresfehlbetrag.

### Kredite, Zinsaufwand

Die Kreditaufnahme für Investitionen und Liquiditätskredite (Pos. 45 und 48 des Finanzhaushalts) ist inklusive der Umschuldung der zinslosen Vorfinanzierung des Eigenanteils aus dem Konjunkturprogramm II in 2012 und der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt. Der zinslose Kredit des Landes aus dem K II ist in 16 gleichen Raten von 2012 bis 2015 in Höhe von 166 T. € jährlich zurückzuzahlen.

Ausgehend von den veranschlagten Investitionen sind 2012 für verzinsliche Investitionskredite 4,92 Mio. € und 166 T. € für die Umschuldung der zinslosen Investitionskredite aus dem K II erforderlich.

Für Kredite zur Liquiditätssicherung werden nach dem Saldo der Finanzrechnung 8,7 Mio. € benötigt.

Die Aufnahme der Kredite zur Liquiditätssicherung wurde um 400 T. € vermindert, da in dieser Höhe die Verlustabdeckung des Teilhaushalts 90, durch teilweise Auflösung der Rücklagen der ehemaligen Stiftung für Weiterbildung und Kultur erfolgt.



Der Schuldenstand beträgt Stand Ende Oktober 2011:

71,9 Mio. € Investitionskredite
67,8 Mio. € Kassenkredite
<u>10,4 Mio. € Aufnahme Kassenkredite vom Abfallwirtschaftsbetrieb</u>
150,1 Mio. € Gesamt

In den Kassenkrediten sind derzeit 1,2 Mio. € für die Zwischenfinanzierung noch laufender Investitionen enthalten. Anfang Dezember soll eine weitere Aufnahme von Investitionskrediten erfolgen und die Zwischenfinanzierung abgelöst werden.

Vorbehaltlich der weiteren Ausführung der Haushalte 2011 und 2012 beträgt der Schuldenstand Ende 2012:

84,3 Mio. € Investitionskredite
<u>92,9 Mio. € Kassenkredite</u>
177,2 Mio. € Gesamt (zum Vergleich Bilanz 2010 = 145,2 Mio. €)

Die Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten in der mittelfristigen Finanzplanung 2012 bis 2014 beinhalten bereits die Umschuldungen der zinslosen Vorfinanzierung des Landes für den Kreisanteil der Maßnahmen im Konjunkturprogramm II.

#### Jahresabschluss 2010

Das Ergebnis 2010 wurde inzwischen festgestellt. Die Beschlussfassung und Entlastung soll in der Sitzung des Kreistages am 20.12.2011 erfolgen.

In der Ergebnisrechnung wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 10,2 Mio. € ausgewiesen, der um 4,38 Mio. € unter dem im Ergebnishaushalt geplanten Jahresdefizit liegt.

Bei der Planung wurde ein Jahresfehlbedarf von 14,58 Mio. € kalkuliert.

Allerdings wurden 2,87 Mio. € als Ermächtigungsübetragungen für das Konjunkturprogramm II und Aufwendungen der sozialen Sicherung in das Haushaltsjahr 2011 übertragen.



In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 26 GemHVO insgesamt -8,9 Mio. €.

Das Ergebnis ist um 2,8 Mio. € positiver als geplant. In der Planung wurde noch von einem Fehlbedarf von -11,7 Mio. € ausgegangen.

Auch hier sind jedoch die Ermächtigungsvorträge in Höhe von 2,45 Mio. € in das Haushaltsjahr 2011 zu berücksichtigen. Diese Auszahlungen werden also noch „nachgeholt“.

Die geplanten Investitionen in Höhe von 8,8 Mio. € konnten im Haushaltsjahr nur in Höhe von 6,5 Mio. € durchgeführt werden. Hierin sind auch Maßnahmen aus Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2009 in Höhe von 3,1 Mio. € enthalten. Die Investitionen werden in den Haushaltsfolgejahren erst fertig gestellt. Entsprechende Ermächtigungsübertragungen wurden in das Haushaltsjahr 2011 vorgenommen.

Die Bilanz zum Schluss des Haushaltsjahres 2010 weist auf der Passivseite eine Kapitalrücklage in Höhe von 4,1 Mio. € aus.

Durch die Saldierung der Fehlbeträge der Haushaltsjahre 2008 und 2009 in Höhe von insgesamt 13,2 Mio. € und dem Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2010 von 10,2 Mio. € ergibt sich im Saldo ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 19,3 Mio. €.

#### Entwicklung des Eigenkapitals

Der Stand des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages zum 01.01.2008 (Eröffnungsbilanz) beträgt:	498.538,16 €
Der Stand des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages zum 31.12.2008 beträgt:	3.690.155,11 €
Der Stand des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages zum 31.12.2009 beträgt:	9.500.341,05 €
Der Stand des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages zum 31.12.2010 beträgt:	19.353.065,69 €
Der voraussichtliche Stand des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages zum 31.12.2011 beträgt:	31.948.904,69 €
Der voraussichtliche Stand des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages zum 31.12.2012 beträgt:	42.036.711,69 €